



# ZivilCourage

Magazin der DFG-VK



*Pazifistische Friedenspolitik – Missstände kritisieren und positive Visionen zeigen*

*Das Traditionsverständnis der Bundeswehr und die Glorifizierung von Rommel*

*Illegaler Waffenhandel vor Gericht – Das Heckler & Koch-Verfahren*

*DFG-VK vor Ort: ... zum Beispiel die Gruppe Erlangen*

**Adressen**

**DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle und DFG-VK-Shop**

Werastraße 10, 70182 Stuttgart  
 Telefon 0711 - 51 89 26 26  
 Telefax 0711 - 24 86 96 26  
 E-Mail office@dfg-vk.de  
 E-Mail shop@dfg-vk.de

**Politischer Geschäftsführer**

Michael Schulze von Glaßer  
 Telefon 0176 - 23 57 52 36  
 E-Mail svg@dfg-vk.de

**BundessprecherInnenkreis**

- Ralf Buchterkirchen  
E-Mail buchterkirchen@dfg-vk.de
- Benno Malte Fuchs  
E-Mail fuchs@dfg-vk.de
- Jürgen Grässlin  
E-Mail graesslin@dfg-vk.de
- Kathi Müller  
E-Mail mueller@dfg-vk.de
- Christoph Neeb  
E-Mail neeb@dfg-vk.de
- Thorge Ott  
E-Mail ott@dfg-vk.de
- Torsten Schleip  
E-Mail schleip@dfg-vk.de
- Thomas Carl Schwoerer  
E-Mail schwoerer@dfg-vk.de

**DFG-VK-Landesverbände und DFG-VK-Gruppen** im Internet:

[www.dfg-vk.de/kontakte](http://www.dfg-vk.de/kontakte)

**Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK**

Braunschweiger Straße 22  
 44145 Dortmund  
 Telefon 0231 - 81 80 32  
 E-Mail stiftung@dfg-vk.de  
[www.bertha-von-suttner-stiftung.de](http://www.bertha-von-suttner-stiftung.de)

**Redaktion ZivilCourage**

Werastraße 10, 70182 Stuttgart  
 Telefon 0711 - 51 89 26 20  
 E-Mail zc@dfg-vk.de  
[www.zivilcourage.dfg-vk.de](http://www.zivilcourage.dfg-vk.de)

**Das DFG-VK-Spendenkonto:**

IBAN DE05 3702 0500 0008 3046 00  
 BIC BFSWDE33XXX



Foto privat

Liebe Leserin, lieber Leser, mein Editorial muss dieses Mal sehr kurz sein, damit der Hinweis auf den Zivilcourage-Preis für Rainer Schmid Platz findet. Die Information darüber erhielt ich kurz vor Redaktionsschluss, als das Heft bereits voll war. Ich gebe aber gerne einen Teil meines Platzes her, freue mich für Rainer Schmid und gratuliere ihm herzlich. Mit ihm erhält diesen Preis ein konsequenter Pazifist, der gerade auch wegen seiner Geradlinigkeit immer wieder Pressionen seiner Kirche ausgesetzt war.

Kurz zum Heft also: Nach wie vor sind Atomwaffen und ein möglicher Krieg, in dem sie eingesetzt werden, die größte Bedrohung für die Menschheit. Es ist deshalb Thomas Carl Schwoerer zuzustimmen, wenn er in seinem Titelstory-Text über pazifistische Friedenspolitik schreibt: „Wie vor 35 Jahren steht das Thema der nuklearen Abrüstung auf der Tagesordnung.“ Falls Trump wirklich aus dem INF-Mittelstreckenraketenvertrag aussteigen sollte und eine neue Runde atomarer Aufrüstung beginnen würde, dann bliebe zu hoffen, dass sich wie vor 35 Jahren eine breite Mehrheit der Bevölkerung und eine starke Friedensbewegung dem drohenden Atomtod entgegenstellt. Welche Bedeutung starke Impulse aus der Zivilgesellschaft für die Frage von Krieg und Frieden hat, wird im Beitrag von Wolfgang Biermann deutlich, der das für wichtige Phasen seit der Kuba-Krise Anfang der 1960er Jahre skizziert.

Viel Freude und Erkenntnisgewinn beim Lesen dieser und der anderen Beiträge in diesem Heft.

Ich wünsche allen einen guten Start in ein hoffentlich friedliches Jahr 2019 in dem uns gemeinsam Schritte zur Abrüstung gelingen mögen.

*Stefan Philipp*

**Zivilcourage-Preis für Rainer Schmid**

Rainer Schmid ist DFG-VK-Aktivist und Pfarrer in der evangelischen Kirche in Württemberg. Seit Jahren engagiert er sich in der DFG-VK z.B. gegen Atomwaffen und Rüstung, gegen die enge Zusammenarbeit von Kirche und Staat bei der Militärseelsorge und gegen Militär-Konzerte in Kirchen.

Für sein „beständiges und beharrliches friedenspolitisches Engagement“ erhält er den Amos-Preis 2019 für Zivilcourage, der von der „Offenen Kirche“, einer fortschrittlichen evangelischen Vereinigung in Württemberg, alle zwei Jahre verliehen wird. „Auf der Basis der Friedensethik der Bergpredigt und auch mancher Propheten hält Rainer Schmid akribisch fest an der Überzeugung, dass Frieden nicht mit militärischer Gewalt geschaffen werden kann. Gerade in den aktuellen Entwicklungen und Auseinandersetzungen überall auf der Welt ist eine solche Einmischung von Nöten. Pfarrer Rainer Schmid vertritt diese prophetische Aufgabe“ – Amos ist einer der Propheten im Alten Testament – „mit viel Energie und Ausdauer und geht dabei persönlich das Wagnis ein, als ‚Störenfried‘ empfunden zu werden.“

Die feierliche Verleihung des Amos-Preises, dessen Schirmherr Erhard Eppler ist, findet am 17. März 2019 in der Stuttgarter Erlöserkirche statt.



Rainer Schmid in Büchel

**Zur Vision einer „echten europäischen Armee“ von Kanzlerin Merkel und Präsident Macron**

Von Thomas Rödl



Foto privat

Das Projekt einer europäischen Militärmacht gibt es schon lange. Wir plädieren schon immer für allgemeine Abrüstung, für eine Politik der gemeinsamen Sicherheit und Zusammenarbeit im Rahmen der OSZE und auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen. Trotz aller vernünftigen Argumente für eine solche Politik haben die Regierungen der Nato-Staaten die Ost-Expansion betrieben und den sogenannten Krieg gegen den Terror geführt. Mit der Kündigung des ABM-Vertrages im Jahr 2001 hat Präsident George W. Bush einen Grundpfeiler der Rüstungskontrollpolitik zerstört. Nach der Annexion der Krim, ganz klar eine Reaktion auf die Ausdehnung der Nato und den Umsturz in der Ukraine, wird Russland wieder als Feindbild aufgebaut.

Mit dieser Drohkulisse wollen die Nato-Staaten die Erhöhung der Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts durchsetzen. Damit könnten Haushaltsmittel mobilisiert werden, um den Aufbau einer europäischen Armee voranzutreiben.

Deutschland und Frankreich reden von strategischer Autonomie und, dass man sich nach allen Seiten verteidigen können müsse: Gegen Russland, China, aber auch gegen die USA. Das ist bemerkenswert, sind doch die USA angeblich unser wichtigster Bündnispartner. Die krasse Rhetorik von Präsident Trump hat manchen die Augen dafür geöffnet, dass die Eliten in den USA die Europäer auch als Konkurrenten und Rivalen betrachten.

Doch die deutsch-französische Rüstungspolitik zielt schon lange auf die Fähigkeit, unabhängig von den USA Krieg führen zu können. Die Basis dafür ist eine deutsche bzw. deutsch-französische Rüstungsindus-

trie, die militär-technisch und industriell-ökonomisch von den USA unabhängig ist.

Kriegsschiffe, U-Boote, Kampfflugzeuge, Panzer, Lenkwaffen, Satellitentechnik, usw., alles kann in Deutschland produziert werden. Mit dem Galileo-Navigationssystem erreicht Deutschland bzw. eine Militärmacht der Europäischen Union demnächst die Fähigkeit, unabhängig vom US-amerikanischen GPS-System Streitkräfte einzusetzen und Waffen präzise zu steuern. Jetzt werden militärische Fähigkeiten im Bereich Luftwaffe, Marine und Landkriegsführung beschrieben, die die Bundeswehr brauche. Doch welcher politischen Strategie sollen diese militärischen Fähigkeiten dienen? Danach wagt niemand zu fragen. Denn eine EU-Militärmacht – unter deutscher Führung – kann zwar einen Krieg gegen Russland anzetteln, aber nicht gewinnen. Oder bieten wir den USA Mitteleuropa als atomares Schlachtfeld für einen Krieg zwischen den beiden Großmächten an?

Die objektive Konkurrenz zwischen EU und USA um Rohstoffe und Absatzmärkte wird sich auch nicht militärisch lösen lassen. Schon jetzt sind die Ausgaben für Militär und Krieg eine großartige Geldverschwendung! Wir könnten eine Energieversorgung unabhängig vom Erdöl aufbauen, die Industrieproduktion so organisieren, dass seltene und endliche Rohstoffe nicht verschwendet, sondern wiederverwendet werden; und die Nutzung der Sonnenenergie entwickeln!

Es gibt zu wenig Militärkritik, zu viel Glauben an den gerechten Krieg, zu wenig Pazifismus in Deutschland. Die vernünftige Politik der gemeinsamen Sicherheit und Abrüstung hat keine hinreichende Lobby.

Thomas Rödl ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Bayern. «

**Inhalt**

**Titel**

- 04 Thomas Carl Schwoerer: Pazifistische Friedenspolitik
- 08 Wolfgang Biermann: „Krieg ist die ultima irratio“ – deshalb: Entspannungs- und Friedenspolitik!

**Antimilitarismus**

- 10 Jürgen Grässlin: „Wir müssen weltweit Wachhunde sein“, um Rüstungsexporte zu stoppen
- 12 Jürgen Grässlin: Der Strafprozess gegen Heckler & Koch-Verantwortliche geht in die entscheidende Phase
- 14 Joachim Schramm: Zum Traditionsverständnis der Bundeswehr
- 16 Stefan Lau: „Beste Gelegenheit zum Sterben“
- 20 Hermann Theisen: Whistleblower decken Unrecht auf
- 22 Marion Küpker: Kampf gegen Atomwaffen auf allen Ebenen

**DFG-VK vor Ort**

- 18 ... zum Beispiel die Gruppe Erlangen

**International**

- 24 Guido Grünwald: Internationales Friedensbüro – mit knappen Mitteln sehr aktiv
- 28 David Scheuing: Global betrachtet
- 29 Werner Glenewinkel: 70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

**DFG-VK informativ**

- 25 „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

**Aktions-Auswertung**

- 32 Michael Schulze von Glaßer: Rückblick auf die „Crytek“-Kampagne

- 31 Impressum 34 Briefe
- 35 Feldpost 35 Beitrittserklärung

## Pazifistische Friedenspolitik

Misstände kritisieren und positive Visionen zeigen

Von Thomas Carl Schwoerer

Vor 35 Jahren demonstrieren 1,3 Millionen Menschen in Deutschland für nukleare Abrüstung. Sie – wir – haben zwar nicht die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen verhindert, aber dafür gesorgt, dass das Thema Friedenspolitik lange in den Schlagzeilen gesetzt war.

Wenn genügend Menschen auf die Straße gehen und an einem Strang ziehen, können sie also etwas bewirken. So waren die Demonstrationen vor 50 Jahren ein wichtiger Beitrag dazu, dass der Vietnam-Krieg zu Ende ging. Die Deutsche Friedensgesellschaft war als Teil der Ostermarsch-Kampagne ein bedeutender Motor dieser Demonstrationen. Die gewaltfreie Bewegung hat den Vietnam-Krieg mit beendet.

Der gewaltfreie Protest hat sich als bester Weg zum Erfolg und zur Erringung gesellschaftlicher Mehrheiten erwiesen. Mahatma Gandhi und Martin Luther King haben mit gewaltfreiem Protest große Erfolge erzielt. Auch heute führt der gewaltfreie Weg zum Erfolg. Denken wir an den Friedensnobelpreis für *Ican*, die internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen, denken wir an die Verhinderung der Waffenmesse *Itec* in Köln und in Stuttgart. Auch die Tatsache, dass eine Mehrheit der Bevölkerung gegen Rüstungsexporte eingestellt ist, ist ein Erfolg der Friedensbewegung. Und Heckler & Koch sowie Rheinmetall leiden unter den negativen Schlagzeilen, die wir initiiert haben.

Wie vor 35 Jahren steht das Thema der nuklearen Abrüstung auf der Tagesordnung, und zwar in vierfacher Hinsicht.

Die DFG-VK als älteste deutsche Friedensorganisation hat dazu beigetragen, dass eine Mehrheit unse-

rer Bevölkerung auch für das Verbot von Atomwaffen ist. Als der Friedensnobelpreis an *Ican* ging, war die Deutsche Friedensgesellschaft gewissermaßen Mit-Preisträgerin. Denn wir sind Mitglied bei *Ican*, die ein Bündnis von verschiedenen Organisationen und Initiativen ist. *Ican* hat maßgeblich das bei den Vereinten Nationen beschlossene Verbot von Atomwaffen erreicht. Wir fordern in Zusammenarbeit mit den vielen Bürgermeistern für den Frieden die Bundesregierung auf, dem Verbotsvertrag beizutreten und die in Büchel lagernden US-Atomwaffen endlich abziehen zu lassen.

Russland und die USA beschuldigen sich gegenseitig, den INF-Vertrag zu verletzen, der 1987 zur Abrüstung der atomaren Mittelstreckenraketen führte. Wir fordern beide Seiten auf, den INF-Vertrag mit Leben zu erfüllen. Und wir fordern, dass der Vertrag nicht von den USA gekündigt wird und dass diese keine neuen nuklearen Mittelstreckenraketen bei uns stationieren.

Der erwähnte UN-Verbotsvertrag ist der geeignete Rahmen für eine atomare Abrüstung Nordkoreas und der USA. Die USA sollten dabei klarstellen, dass nicht ein Sturz des Regimes, sondern das Einfrieren und dann die Verringerung von Nordkoreas Atomwaffenprogramm ihr Ziel sind.

Diese Ziele werden sich nur im Tausch gegen Garantien für Nordkoreas Sicherheit und seine ökonomische Entwicklung, die Absage der US-Militärmanöver mit Südkorea und einen Friedensvertrag erreichen lassen.

Donald Trumps Kündigung des Atomabkommens mit dem Iran wurde hierzulande unisono abgelehnt. Die USA ergreifen Sanktionen gegen die europäischen Unternehmen, die Geschäfte mit dem Iran tätigen. Zwar

macht die Mehrzahl der im Iran tätigen Unternehmen keine Umsätze in den USA und ist daher nicht anfällig für diese Sanktionen, aber die Großkonzerne sind es sehr wohl. Vor die Wahl gestellt, haben sie sich für ihre amerikanischen statt ihre viel kleineren iranischen Umsätze entschieden. Das Weiterbestehen dieser iranischen Geschäfte und der Öl-Einnahmen des Irans sind wichtig, um den Iran dazu zu motivieren, das Abkommen weiterhin mit Leben zu erfüllen.

Wir fordern Folgendes, auch um die Reformer im Iran gegen die dortigen Hardliner zu unterstützen: Deutschland sollte vor der Welthandelsorganisation klagen wegen Verstoßes gegen die Handelsregeln. Es sollte ein zwischengeschaltetes Unternehmen bilden, in dessen Rahmen Firmen mit dem Iran Geschäfte abschließen, ohne dass ihre Namen publik werden.

Außerdem sollte es weiterhin den im Iran tätigen Unternehmen Hermes-Bürgschaften erteilen sowie eine Kreditvergabe über die Europäische

### Stichwort INF-Vertrag

Als INF-Verträge (*Intermediate Range Nuclear Forces*, zu Deutsch: *nukleare Mittelstreckensysteme*) oder als Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme bezeichnet man die bilateralen Verträge zwischen der Sowjetunion und den USA über die Vernichtung aller landgestützten Flugkörper mit mittlerer und kürzerer Reichweite (500 bis 5500 Kilometer). Der Besitz, die Produktion und Flugtests mit ihnen sind verboten. Der Vertrag wurde am 8. Dezember 1987 anlässlich des Gipfeltreffens von Washington unterzeichnet und am 1. Juni 1988 während des Gipfeltreffens in Moskau in Kraft gesetzt. Er wurde auf unbeschränkte Dauer geschlossen. Neue Waffen dieser Kategorie wurden verboten. Weil die Vernichtung von zwei Raketentypen vereinbart wurde, wird auch von einer „doppelten Nulllösung“ gesprochen. Quelle: Wikipedia (<https://de.wikipedia.org/wiki/INF-Vertrag>)

Investitionsbank und die Umsetzung der EU-Abwehrverordnung unterstützen. Und Europa sollte an Chinas Seite mit den USA verhandeln über ein Handelsabkommen unter Einschluss des Atomabkommens: Wenn Trump die bisherigen Handelsbeziehungen für unfair hält, lässt sich vielleicht eine beidseitig faire Beziehung definieren.

Die Sicherheit Israels ist entgegen Bibi Netanjahus Behauptung durch die Kündigung des Atomabkommens geringer, nicht größer geworden. Seitdem ist die Gefahr eines Krieges zwischen Israel und dem Iran auf syrischem Boden gestiegen.

### Neben der atomaren Abrüstung

steht auch das internationale Verbot von militärischen Drohnen und autonomen Waffensystemen weiter auf der Tagesordnung. Hierzulande konnten wir nicht verhindern, dass die Bundesregierung Drohnen anschafft. Nächstes Jahr, 2019, wird der Bundestag die Spielregeln für den Einsatz dieser Drohnen festlegen. Wir müssen vorher fordern, dass sie nicht zur Tötung von Menschen verwendet werden.

### Das 2-Prozent-Ziel.

Die Nato, die Union und die FDP wollen zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts für Rüstung ausgeben. Was so harmlos klingt, wäre in Wirklichkeit die massivste Aufrüstung seit dem Zweiten Weltkrieg und eine irrsinnige Verschwendung von Steuergeldern für völlig unproduktive Zwecke. Es geht um 34 Milliarden Euro mehr und damit fast eine Verdoppelung des Bundeswehr-Haushalts. Warum wird das Heil weiter im Militär gesucht, wenn wir doch wissen, dass mehr Rüstung nicht mehr Sicherheit bringt, sondern Krieg wahrscheinlicher macht?

Das hat sich schon vor 20 Jahren gezeigt, als der Bundestag dem ersten Angriffskrieg der Bundeswehr gegen Jugoslawien zustimmte. Es ging um den Bürgerkrieg im Kosovo. Fünf Monate später, im März 1999, folgte



Zwei Vorbilder pazifistischer Politik: Martin Luther King und Mahatma Gandhi; Darstellung im Martin-Luther-King-Memorial in Atlanta

das zweieinhalbmonatige Dauerbombardement.

Zu den Kosten des Krieges zählten ca. 13500 Tote und Vermisste in Serbien und im Kosovo. Im Kosovo wurde etwa ein Drittel der Wohnungen unbewohnbar und mehr als die Hälfte des landwirtschaftlichen Vermögens vernichtet. Die Bombardements der zivilen Infrastruktur Jugoslawiens haben dieses um 40 Jahre zurückgeworfen und zeitweilig zum ärmsten Land Europas gemacht.

Die Selbstmandatierung der Nato, ohne UN-Mandat, verstieß gegen das Völkerrecht und hat so die internationale Rechtsordnung geschwächt, die UN beschädigt und Russland gedemütigt.

Haben sich diese Kosten gelohnt? Hat dieser Krieg also die Kosovo-Albaner gegen gewaltsame Übergriffe geschützt und deren Vertreibung verhindert? Nein, die Bombardierung hat das Unglück der Kosovo-Albaner beschleunigt und vergrößert und die ethnische Säuberung erst verursacht, wie der ehemalige Nato-Generalsekretär Lord Carrington sagte. Die Nato kannte wohl Belgrads Strategie, im Angriffsfall die Kosovaren aus ihrer Heimat gewaltsam zu vertreiben und möglichst schnell die albanische Guerillaorganisation UCK zu zerschlagen. Vor dem Nato-Angriff ging es der jugoslawischen Armee nur um deren Bekämpfung. Die Zivilbevölkerung wurde laut einer Lageanalyse des deutschen Auswärtigen Amtes vorher je- »

» weils gewarnt und verließ kurzfristig ihre Dörfer, um anschließend zurückzukehren. Im März, der Nato-Angriff begann am 24. März, gab es ganze 39 Ermordete, darunter jeweils 13 Albaner und Serben.

Erst nach den Bombardierungen und den darauffolgenden jugoslawischen Racheakten begann der Flüchtlingsexodus aus dem Kosovo: Am zweiten Kriegstag flohen 50 000, am Ende des ersten Kriegsmonats waren es 800 000. Nach dem letzten Waffenstillstand wurden die meisten Serben und Roma ihrerseits vertrieben, diesmal durch die Albaner. Der Krieg hat kein friedliches Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen herbeigeführt und war nicht ursächlich dafür, dass die jugoslawischen Truppen das Kosovo verließen. Dafür waren vielmehr laut dem Kommandeur des dortigen britischen Kontingents politische Gründe maßgeblich, nämlich dass Russland seinen Verbündeten Slobodan Milosevic fallen ließ.

**Militärisches Eingreifen trifft nicht lediglich die Täter** – also die Schuldigen – und leistet keinen effektiven Schutz der Opfer. Kriege mit geballter Zerstörungskraft sind zur Verteidigung der Menschenrechte nicht nur ungeeignet, sondern extrem kontraproduktiv. Sie sind nicht die Ultima Ratio, sondern die Ultima Irratio, so Willy Brandt.

Ist das Kosovo wenigstens heute stabil? Weil es von der internationalen Gemeinschaft und mehreren europäischen Staaten nicht als unabhängiger Staat anerkannt wird, ist es wirtschaftlich nicht lebensfähig und ein fruchtbarer Boden für Korruption und mafiöse Strukturen. Hoffnung besteht allerdings durch die Seidenstraßeninitiative Chinas.

Es gab Alternativen zum Kosovo-Krieg. Die OSZE-Mission zur Verhinderung des Krieges wurde sträflich unterausgestattet: Mitte November wurden nur tausend, Mitte Februar 1 300 statt der vereinbarten 2 000 OSZE-Verifikateure des ersten Waffenstillstands entsendet, was bei weitem

nicht reichte. Dieselben Staaten, die ein halbes Jahr später Dutzende Milliarden Euro für die Zerstörung und den teilweisen Wiederaufbau Jugoslawiens aufwendeten, waren nicht bereit, das zugesagte Kontingent aufzufüllen. Und die UCK wurde nicht in die Waffenstillstandsvereinbarung einbezogen und fühlte sich deshalb nicht daran gebunden.

Zudem hatten bis Anfang Dezember 1998 die Tauben in Belgrad die Oberhand, und Jugoslawien befand sich auf Friedenskurs. Damals wäre es erforderlich gewesen, auch die UCK auf diesen Weg zu bringen oder zu zwingen. Stattdessen nahmen ihre Angriffe ab Dezember stark zu mit dem Ziel, massive Reaktionen der jugoslawischen Kräfte zu provozieren und damit Bombardements der Nato heraufzubeschwören. Deswegen waren nicht die Serben, sondern die UCK verantwortlich für die Konflikteskalation laut einem Generalbericht der Parlamentarischen Versammlung der Nato.

Der Westen hat es die zehn Jahre vorher versäumt, die gewaltfreie Bewegung des Pazifisten und Kosovo-Albaners Ibrahim Rugova gegen die aggressive Unterdrückungspolitik Serbiens und die Torpedierungen der UCK zu unterstützen. Und er hat die Forderung der Friedensbewegung nicht beherzigt, einen „Marshall-Entwicklungsplan“ für den ganzen Balkan umzusetzen. Dieser hätte Wohlstand und Zusammenarbeit in der Region fördern sowie den Krieg verhindern können und wäre sehr viel billiger gewesen.

**Heute finden die drei schädlichsten Auslandseinsätze** der Bundeswehr in Mali, Afghanistan, Syrien und Irak statt. In diesen Ländern sollten stattdessen endlich Verhandlungen für Waffenstillstände und politische Lösungen nach den Vorbildern Kolumbiens und Nordirlands eingeleitet werden, damit nicht weitere Tausende von Menschenleben geopfert werden.

Nur Verhandlungen schützen uns vor dem Terror. Der seit 17 Jahren ge-

führte und gescheiterte Krieg gegen den Terror zeigt, dass es keine Alternativen zu Verhandlungen auch mit den Dschihadisten in den jeweiligen Ländern gibt. Die stattdessen angewendete Doktrin von Härte und Gnadenlosigkeit etwa durch Bombardements führt nur zu vielen zivilen Opfern, neuen Rekruten für den Terror, die sich für die Opfer rächen wollen, und Anschlägen auch in Europa.

Carl Friedrich von Weizsäcker hat diese Gewaltspirale so beschrieben: „Man kann zwar Gewalt durch Gewalt eindämmen, man wird aber immer die Folgen zu tragen haben, dass man sich dem Prinzip, das man bekämpfte, unterworfen hat... Die Meinung ..., man könne gewissermaßen zum letzten Mal Gewalt anwenden und – weil die Gewalt für das Gute ausgeübt wird – danach werde dann das Gute herrschen und nicht die Gewalt, ist einer der gefährlichsten Irrtümer und eine der Hauptquellen mörderischer Kriege.“

Um den virulentesten Bundeswehreinsatz herauszugreifen: Die Bundesregierung hat 875 Soldaten nach Mali entsendet; bis zu 200 weitere sollen folgen. Die dortige UN-Mission zur Sicherung eines Waffenstillstands gilt weltweit als gefährlichste „Peacekeeping“-Operation, mit 150 bisher getöteten Blauhelmsoldaten. Darunter könnten künftig auch deutsche Soldaten sein.

In Mali steht eine politische Lösung noch aus. Die Vereinbarung von 2014, die dem Waffenstillstand zwischen Tuareg-Rebellen und Regierung zugrunde liegt, ist extrem wackelig und kurzfristig angelegt. Seit den 1960er-Jahren fordern die Tuareg im Norden Malis einen unabhängigen Staat. Doch nicht einmal föderale Strukturen, die Anerkennung ihrer kulturellen Eigenständigkeit und der Zugang zu grundlegenden sozialen Leistungen stehen zur Diskussion. Solange es keine politische Lösung gibt, die diese Anliegen der Bevölkerung im Norden berücksichtigt, sind ein Waffenstillstand und seine militärische Sicherung völlig unzulängliche Ersatzhandlungen.

Dschihadisten wie al-Qaida im islamischen Maghreb dürfen auch in Mali nicht am Verhandlungstisch sitzen. Wie will man weitere Anschläge wie jene auf die Hotels in der Hauptstadt Bamako und der burkinischen Hauptstadt Ouagadougou oder die Tötung von Blauhelmsoldaten verhindern, solange sich das nicht ändert?

In Syrien herrscht seit Beginn des Krieges trotz des allseitigen Eingreifens internationaler Truppen Chaos. Nach der militärischen Niederlage des Islamischen Staates gibt es dort immer noch Zehntausend seiner Kämpfer. Und es hat sich dort die Khorasan-Miliz gebildet, die US-Geheimdienste für noch gefährlicher halten als den IS. Es ist wie die Hydra: Schlägt man ihr einen Kopf ab, wachsen an dessen Stelle zwei neue. Im Irak ist der IS noch lange nicht ausgelöscht und hat immer noch einen beträchtlichen Rückhalt unter den Sunniten.

Auch in Libyen, Syrien und Afghanistan konnten die Dschihadisten nicht vollständig verdrängt werden. Warum also sollte eine Strategie, die in diesen Ländern versagt hat, in Mali funktionieren? Eine politische Lösung unter Einbeziehung aller beteiligten Parteien, also auch der Dschihadisten, wäre für die Bevölkerung besser. Die umfangreichen Gold-, Phosphat-, Öl-, Gas- und Uranvorkommen in Mali könnten durch Verständigung und Verhandlungen dann zum Vorteil aller Akteure statt unter dem Druck militärischer Mittel abgebaut werden.

**Pazifistische Friedenspolitik.** Dieses Thema verdeutlicht zwei grundlegende Elemente einer pazifistischen Friedenspolitik. Es genügt nicht, Missstände festzustellen. Wir brauchen positive Visionen wie „Verhandeln statt schießen“ mit allen Kriegsparteien, auch mit Dschihadisten, weil sich unsere Adressaten politische Alternativen vorstellen müssen, um den Wunsch zu entwickeln, dorthin aufzubrechen. Zudem ist der politische Pazifismus keine Politik des Zuschauens, sondern setzt auf politische Initiativen

und gewaltlose Konfliktbearbeitung gerade durch die Bundesregierung. Pazifismus ist nicht Widerstandslosigkeit gegenüber dem Bösen, sondern Widerstand ohne Gewalt (nach Martin Luther King). Auch die pazifistische Einstellung ist nicht frei von moralischen Dilemmata, aber das geringere Übel im Vergleich zu den Tausenden von Opfern, die Kriege fordern.

Oder wie der amerikanische Schriftsteller und Weltkriegsveteran Norman Mailer sagte: „Krieg zu führen, um wieder etwas in Ordnung zu bringen, taugt genauso viel wie ein Bordellbesuch, um eine Geschlechtskrankheit zu kurieren.“

Der Norden Malis gilt als DurchgangsroutefürdeninternationalenWaffenschmuggel. Dazu haben deutsche Firmen beigetragen, die beide Seiten im Libyenkrieg mit Rüstungsgütern belieferten. Diese sind anschließend in den Norden Malis gelangt.

Deutschland zählt leider zu den vier größten Rüstungsexporteur weltweit, mit einem Drittel seiner Exporte in die Krisenregion Nahost/Nordafrika. Unser Land sollte endlich seine Rüstungsexporte an Saudi-Arabien, das diesen bestialischen Mord verantwortet, und anderswo einstellen, statt Waffen dorthin zu liefern und sogar Leopard-Kampfpanzer an die andere Regionalmacht Katar, die das Emirats im blutigen Jemen-Krieg einsetzt. Die Türkei wiederum setzt sie in ihrem Angriffskrieg gegen die syrischen Kurden ein. Waffen an Kriegsparteien zu liefern, ist wie Öl ins Feuer zu gießen. Sie verlängern den Krieg nur und geraten unweigerlich über kurz oder lang in die falschen Hände. Z.B. stammen die Waffen des IS größtenteils aus den USA, Russland und Deutschland und wurden von der irakischen und syrischen Armee gestohlen.

**Zusammenfassend fordern wir,** dass die deutschen Rüstungsexporte u.a. in Krisengebiete eingestellt werden.



Thomas Carl Schwoerer bei der baden-württembergischen DFG-VK-Landesmitgliederversammlung in Stuttgart

Unsere zweite Forderung ist, dass die internationalen Kampfeinsätze der Bundeswehr nicht verlängert werden. Der Krieg gegen den Terror führt nicht zum Erfolg. Es gibt positive Beispiele wie Nordirland und Kolumbien, die zeigen, dass Verhandlungen Erfolg bringen.

Außerdem fordern wir, dass die Bundesregierung dem internationalen Verbot von Atomwaffen beitrifft, das Zweidrittel der UN-Staaten beschlossen haben. Die Atomwaffen müssen aus Büchel abgezogen werden, und es dürfen weder neue US-Atomwaffen bei uns stationiert, noch kleinere Atomwaffen produziert werden, die den Krieg wahrscheinlicher machen.

Viertens sollte die Bundesregierung den Rüstungsetat nicht aufstocken, erst recht nicht fast verdoppeln, worauf die „2 Prozent“-Forderung hinausläuft. Hierzu engagieren wir uns im Rahmen der Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“, die über 100 000 Unterschriften gesammelt hat.

Und schließlich muss der Bundestag nächstes Jahr ein Verbot der Einsätze von Drohnen zur Tötung von Menschen beschließen.

*Thomas Carl Schwoerer ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis. Der Text wurde als Vortrag von ihm bei der Landesmitgliederversammlung der DFG-VK Baden-Württemberg am 10. November in Stuttgart gehalten. Die Absätze über den Kosovo-Krieg hat die FAZ in einem Artikel von Thomas Carl Schwoerer am 14. Oktober veröffentlicht. <<*

## „Lessons learned“?

### „Krieg ist die ultima irratio“ - deshalb: Entspannungs- und Friedenspolitik!

Von Wolfgang Biermann

Es gibt auffallende Parallelen der Entwicklungen Anfang der 1960er Jahre, Anfang der 1980er Jahre und 2017/2018: Eskalation der Gefahren durch militärisches Wettrüsten, Atomkriegsgefahr „aus Versehen“ und Mittelstreckenraketen und „Entspannung“ durch Rüstungskontrolle, Strategy for Peace, „Wandel durch Annäherung“ und Mobilisierung der Zivilgesellschaft.

**1962:** Kuba-Krise – „Kriegsverhinderung durch Rüstungskontrolle“.

*Eskalation:* 1958 begannen die USA mit der Stationierung von nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa. 1962 begann die UdSSR auf Kuba heimlich mit der Stationierung von Soldaten und dem Aufbau von Mittelstreckenraketen.

„*Entspannung*“: Buchstäblich in letzter Minute Ende Oktober 1962, verhandelte Kennedy mit Chruschtschow über das erste „Rüstungskontrollabkommen“. *Lessons Learned?* „Kriegsverhütung durch Rüstungskontrolle“, später ein „Grundpfeiler der Entspannungspolitik Willy Brandts“, um den Atomkrieg zu verhindern.

**1963:** „Strategy for Peace“ als amerikanische Entspannungspolitik, von Kennedy verkündet als Lehre aus der Kubakrise.

„*Entspannung*“: Die Eskalation der Kuba-Krise hätte zur „Vernichtung beider Länder binnen 24 Stunden führen können“, begründete Kennedy seinen Beschluss, eine „Strategy of Peace“ einzuleiten anstelle „der Pax Americana, die der Welt durch amerikanische Kriegswaffen aufgezwungen wird“. Als ersten Schritte nannte er einen Vertrag über das Atomtestverbot. *Lessons Learned?* Kennedys Strategy for Peace war der erste Schritt zur Entspannungspolitik. Zwar wurde Kenne-

dy 1963 ermordet, Chruschtschow 1964 gestürzt. Aber ihre Lehre aus der Kuba-Krise galt auch in den Folgezeiten des Kalten Krieges: USA und UdSSR einigten sich in den folgenden Jahren auf eine Reihe von Rüstungskontrollabkommen zur Kriegsverhütung und Begrenzung des Wettbewerbs mit Atomwaffen, Raketen und Raketenabwehrsystemen.

„Wandel durch Annäherung“ als deutscher Beitrag zur Entspannungspolitik. „*Entspannung*“: Kurze Zeit danach, am 15. Juli 1963, erläuterte Egon Bahr, vor der Evang. Akademie Tutzing Willy Brandts Überlegungen für eine neue Ostpolitik als deutsche Version der „Strategy for Peace“: Die amerikanische Strategie „der Überwindung des Status quo, indem der Status quo zunächst nicht verändert werden soll“ brachte er mit der Formel „Wandel durch Annäherung“ auf den Punkt. *Lessons Learned?* „Wandel durch Annäherung“ begann mit kleinen Schritten, die die Türen zur Entspannungspolitik öffnete. Entspannungspolitik ist kein Appeasement – Entspannungspolitik betreibt man nicht mit Freunden, sondern mit potenziell gefährlichen Gegnern, um Spannungen und Kriegsgefahren zu reduzieren – und friedlichen Wandel zu ermöglichen ... Nach der „Politik der Kleinen Schritte“ begann 1969 die „heiße Phase“ der Entspannungspolitik mit Willy Brandt als Bundeskanzler.

„*Entspannung*“: Bevor er an erste Verhandlungen denken konnte, erledigte Willy Brandt das, wozu er die Große Koalition unter Bundeskanzler Kiesinger trotz massivem Druck aus dem USA nicht hatte bewegen können – was aber angesichts der 2018 neu aufgeflamten „Wünsche“ nach deutschem Zugriff auf Atomwaffen wieder höchst aktuell wurde: Im November 1969 unterzeichnete Brandt den

Atomwaffensperrvertrag als einen seiner ersten Schritte zum Wegräumen von Blockaden auf dem Wege zur Politik der Entspannung gegenüber Moskau. Erst danach reiste Egon Bahr als Bevollmächtigter der Bundesregierung Anfang 1970 nach Moskau, um „Wandel durch Annäherung“ zu erreichen, eine Verständigung mit Moskau über die Überwindung unvereinbarer Rechtspositionen, welche die Normalisierung der Beziehungen Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn seit Jahrzehnten blockierten und weiter blockiert hätten.

„*Eskalation*“: Die Position der Bundesrepublik war, dass völkerrechtlich „Deutschland in den Grenzen von 1937“ bestehe. Darin sahen Moskau, Warschau, Prag und Ost-Berlin eine Bedrohung und forderten die völkerrechtliche Anerkennung der bestehenden Staatsgrenzen in Europa. Vergeblich hatte Kennedy früher versucht, Bundeskanzler Adenauer zur Anerkennung der Grenzen zu bewegen.

„*Entspannung*“: Nach langen Verhandlungen gelang ein Kompromiss über die völkerrechtlichen Formulierungen im Moskauer Vertrag, die auch in die anderen Ostverträge und 1975 in die KSZE-Schlussakte aufgenommen wurden: *Gewaltverzicht*: Verzicht auf „Androhung oder Anwendung von Gewalt“; Unverletzlichkeit (nicht „Endgültigkeit“) der Grenzen, die aber „im Konsens aller Beteiligten“ friedlich geändert werden könnten; „Respektierung“ der DDR als gleichberechtigter souveräner Staat, nicht aber „Anerkennung“. *Lessons Learned?* Egon Bahr schlug seit 2014 wiederholt (und vergeblich) einen ähnlichen Weg („Respektierung“ statt Anerkennung der russischen Krim-Annexion) vor, um die Normalisierung der Beziehungen zur Verständigung über zahlreiche strittige Fragen zu erleichtern.

**1971-1975:** Friedensnobelpreis, Ostverträge und KSZE. In seiner Nobelpreiss-Rede am 11. Dezember brachte Brandt das wirklich *Neue* seiner Entspannungspolitik auf den Punkt: „Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Es geht darum, Kriege abzuschaffen, nicht nur, sie zu begrenzen... Krieg ist nicht mehr die ultima ratio, sondern die ultima irratio.“ Auf dieser Grundlage setzte die sozialliberale Koalition ihre Entspannungspolitik mit den Ostverträgen erfolgreich fort: Moskauer Vertrag (1970), Warschauer Vertrag (1970), Vier-Mächte-Abkommen (1971), Transitabkommen (1971) und Grundlagenvertrag mit der DDR (1972), Prager Vertrag (1973) und KSZE-Schlussakte von Helsinki (1975). *Lessons Learned:* Die Entspannungspolitik eröffnete und ermutigte den Weg zum friedlichen Wandel durch Annäherung.

**1979-1989:** „Zweite Phase der Entspannungspolitik“ gegen „die zweite Phase des Kalten Krieges“. „*Eskalation*“: Gegen Ende der 1970er Jahre verschlechterten sich die Ost-West-Beziehungen dramatisch: Rüstungskontrollgespräche stagnierten, es begann ein neuer Rüstungswettrüsten mit begrenzt einsetzbaren Atomwaffen („Neutronenbombe“, SS 20, „Nachrüstung“). Mit der sowjetischen Intervention in Afghanistan 1979, dem Nato-Doppelbeschluss 1979, dem Kriegsrecht in Polen kehrte der „neue“ Kalte Krieg nach Europa zurück. Nach der Wahl von US-Präsident Reagan begann ein massives Wettrüsten mit neuen Atomwaffen, Raketen mit immer kürzeren Vorwarnzeiten und mit der Verkündung des Raketenabwehrprogramms SDI, das gepaart mit Offensivwaffen eine Erstschlagsfähigkeit schaffen könnte. Die Manöver beider Seiten wurden immer aggressiver, Fehlalarme und Fehleinschätzungen häuften sich. „*Entspannung*“: In dieser Zeit entwickelte Brandt mit Egon Bahr das Konzept einer „Zweiten Phase der Entspannungspolitik“, begleitet von zahlreichen internationalen Treffen und unter Einbeziehung von Gruppen der Zivilgesellschaft. Wichtiges

Element zur Erneuerung der internationalen Politik waren internationale Kommissionen (Brandt-, Palme, und Brundtland-Kommission) zur Erarbeitung gemeinsamer Problemlösungsvorschläge.

In zahlreichen Gesprächen überzeugte Brandt Gorbatschow vom Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ und der „Doppelten Nulllösung“ für Mittelstreckenraketen. Das trug nicht unerheblich zum Ergebnis von Gorbatschows Einigung in Reykjavik 1987 auf die „Doppelte Nulllösung“, das Verbot aller Kurz- und Mittelstreckenraketen im 1988 unterzeichneten INF-Vertrag, bei. Die Beseitigung der Mittelstreckenraketen veränderte die Sicherheitslage in Europa fundamental, reduzierte dramatisch die Sorgen vor einem begrenzten Atomkrieg in Europa und eröffnete den Weg zur Beendigung des Kalten Krieges. *Lessons Learned?* Mit dem INF-Vertrag wurde ein Schlüsselement für den „begrenzten“ Atomwaffeneinsatz im Rahmen der nukleare Eskalationsstrategie als Teil der „glaubhaften“ Abschreckung beseitigt. Ähnlich wie bei der Beendigung der Kuba-Krise 1962 führte die Entfernung von Mittelstreckenraketen aus dem „Hinterhof“ des jeweiligen Gegners zur Beseitigung einer Hauptursache von Spannungen.

**1989/1990** vollzogen sich drei friedliche Revolutionen, die völlig neue Voraussetzungen für eine gesamteuropäische Friedensordnung schufen. Im November 1990 unterschrieben dann alle 35 Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten in Paris die „Charta für ein neues Europa“. Erklärtes gemeinsames Ziel: eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok. 1995 wurde der Atomwaffensperrvertrag (NPT) unbefristet verlängert und von fast allen Staaten der Erde ratifiziert, nachdem sich die Atommächte verpflichtet hatten, das vollständige Atomtestverbot auszuhandeln (was 1997 geschah) und zu ratifizieren sowie schrittweise sämtliche Atomwaffen abzurüsten.

**Ab 2000:** Neue Spannungen durch Missachtung von Rüstungskontrolle und Abrüstung. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts wurden viele dieser wichtigen Abrüstungsvereinbarungen gekündigt, außer Kraft gesetzt oder nicht ratifiziert: Der ABM-Vertrag zur Begrenzung der Raketenabwehr wurde 2001 von Präsident Bush gekündigt. Der AKSE-Vertrag wurde von Nato-Mitgliedern nicht ratifiziert, der KSE-Vertrag wurde von Russland ausgesetzt, Der Umfassende Atomteststopp-Vertrag (CTBT) ist von USA und China als Signatarmächten bis heute nicht ratifiziert und daher völkerrechtlich nicht in Kraft.

Zur Rolle der Zivilgesellschaft heute: Eine der Ursachen für den friedenspolitischen Stillstand ist auch die mangelnde Einbeziehung der Zivilgesellschaft und ihrer Expertise in die Kommunikation und Entscheidungsfindung der politischen Parteien. Erst durch die breite internationale Mobilisierung der Zivilgesellschaft und ihre aktive Mitwirkung wurden – gegen den Widerstand der vorherrschenden Sicherheitspolitik – völkerrechtliche Verbote von besonders menschenfeindlichen Waffen erarbeitet und durchgesetzt: Die Konvention zum Verbot von Landminen von 1997, die Konvention zum Verbot von Streubomben von 2010 und die von der UN-Generalversammlung 2017 beschlossene internationale Konvention zum Verbot von Atomwaffen. Der Friedensnobelpreis für die Anti-Atomwaffen Kampagne *I can* im Dezember 2017 ist sichtbarer Ausdruck des potenziellen Gewichts von Nichtregierungsorganisationen in der internationalen Politik, um „Blockaden aufzubrechen und aus Sackgassen herauszukommen“.

*Lessons Learned:* Politik braucht den Dialog und die Kompetenz der Zivilgesellschaft: Beratung der politischen Parteien mit Vertretern von NGO, Friedensforschung, Ostausschuss der Wirtschaft, Kirchen etc.

Wolfgang Biermann war Mitarbeiter von Egon Bahr. Der Text wurde redaktionell stark bearbeitet und gekürzt. <<

# „Wir müssen weltweit Wachhunde sein“

## Erfolgversprechene globale Vernetzung von Rüstungsexportgegner\*innen

Von Jürgen Grässlin

**A**ktuelle Rüstungsexport-Genehmigungen in Drittländer. Aus Deutschland erlaubt sind Waffenexporte an Nato-Staaten, Nato-assoziierte Staaten und EU-Länder. Laut den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ wird der genehmigungspflichtige Export von Kriegswaffen in sonstige Länder, auch „Drittländer“ genannt, „nicht genehmigt“. Es sei denn, „dass im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen“.

Die Realität spricht eine andere Sprache. Der Anteil der Einzelgenehmigungen für Drittländer (mit Entwicklungsländern) betrug im Jahr 2016 unglaubliche 54 Prozent. Die Ausnahme ist zum Regelfall verkommen.

Mit den neuerlichen Exportgenehmigungen im geheim tagenden Bundessicherheitsrat im September 2018 wurden weitere skandalöse Waffentransfers in Drittländer legalisiert. So gestattete das von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihrem Stellvertreter, Vizeminister und Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD), geführte Gremium den Export von Rüstungsgütern und Kriegswaffen an Ägypten, Hongkong, Indien, Jordanien, Katar, Pakistan, Saudi-Arabien, Thailand und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Derlei skrupellose Rüstungsexportbewilligungen seitens der Bundesregierung drohen wichtige Erfolge unsererseits zu verdrängen: von der von unserer Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ mit Nachdruck forcierten spürbaren Senkung von Kleinwaffentransfers

über die überraschende Entwicklung beim von uns herbeigeführten Heckler & Koch-Strafprozess bis hin zur Festnahme eines US-Topmanagers von Sig Sauer aufgrund unserer Strafanzeige. Und immerhin hat die EU jüngst – bei Angela Merkels Unterstützung – ein Verbot von Waffenexporten nach Saudi-Arabien erlassen, wenn auch nur temporär.

**Erfolg 1: Kleinwaffenexporte drastisch reduziert?** Allen voran im todbringenden Bereich der sogenannten „Kleinwaffen“ – einem zentralen Aktionsschwerpunkt der Aufschrei-Kampagne – erzielen wir zurzeit immense Erfolge.

Durchaus erfreulich präsentiert sich der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für das erste Halbjahr 2018. Demnach durften lediglich 9840 Gewehre mit Kriegswaffenlisten-Nummer (KWL) und 3525 Maschinenpistolen an Vatikanstadt (!) sowie 3540 Teile für Maschinenpistolen für eine UN-Mission in der Zentralafrikanischen Republik ausgeführt werden. Was so gut klingt, muss weiterhin kritisch beobachtet werden. Denn die Kleinwaffen-Definition der Bundesregierung erfasst nicht Gewehre ohne KWL-Nummer, nicht Revolver und Pistolen auch keine Scharfschützengewehre.

Wir kommen voran, am Ziel sind wir noch nicht angekommen. Und endgültigen Aufschluss über die real erfolgten Kleinwaffenexporte 2018 wird erst der Bericht für das Gesamtjahr offenbaren.

**Erfolg 2: Wirkungsvoller Widerstand in der H&K-Hauptversammlung** und neue Erkenntnisse im H&K-Prozess. Zu den Fortschritten beim Aufbau und verstärkten Widerstand der Kritischen Aktionär\*innen Heckler & Koch und zum über-

raschend neu aufgetauchten umfassenden Datenmaterial des Zolls (Ordner und rund 17.000 E-Mails) im H&K-Strafprozess siehe den Artikel auf Seite 12 in diesem Heft.

**Erfolg 3: Erfolgreiche Strafanzeige gegen Kleinwaffenhersteller Sig Sauer.** Im November konnten wir mit der Aufschrei-Kampagne einen weiteren wichtigen Erfolg verbuchen: Am Frankfurter Flughafen wurde Ron Cohen, US-Topmanager des zweitgrößten deutschen Kleinwaffenherstellers Sig Sauer verhaftet (eine offizielle Bestätigung dafür, dass es sich um Cohen handelt, gibt es allerdings nicht).

Cohen wird zur Last gelegt, an einem Export zehntausender Pistolen über die Sig Sauer Inc. von den USA ins damalige Bürgerkriegsland Kolumbien beteiligt gewesen zu sein. Dorthin, wo zu diesem Zeitpunkt der weltweit längstwährende Bürgerkrieg tobte.

Laut Kieler Staatsanwaltschaft hatte das Eckernförder Unternehmen ca. 70000 Pistolen zunächst in die Vereinigten Staaten transferiert mit der Zusage, die USA seien der Enduser der Sig-Sauer-Pistolen. Cohen soll in den Weitertransport von fast 30000 Sig-Sauer-Pistolen des Typs SP 2022 nach Kolumbien bei einem Gesamtwert von gut zwölf Millionen Euro involviert gewesen sein.

Cohens Inhaftierung kommt nicht von ungefähr. Als mir im Sommer 2014 entsprechende Unterlagen zugespielt worden waren, hatten wir seitens der Aufschrei-Kampagne schnell reagiert. Paul Russmann und ich hatten am 22. Juli bei der Staatsanwaltschaft in Kiel erstattet.

Ganz anders als die Stuttgarter Ermittlungsbehörden im Fall der illegalen G36-Gewehrlieferungen nach Mexiko reagierte die Staatsanwaltschaft in Schleswig-Holstein umge-

hend. Zeitnah leitete der zuständige Kieler Staatsanwalt Ermittlungen ein und verhängte wenige Tage nach Anzeigeerstattung ein staatliches Rüstungsexportverbot gegenüber Sig Sauer. Notgedrungen verkündete der Kleinwaffenproduzent in Eckernförde im Oktober 2014, dass in Deutschland fortan nur noch Sportwaffen hergestellt werden würden. Lediglich etwa 50 Arbeitsplätze sollten in der Ostseestadt verbleiben. Allerdings forcierte die Sig-Sauer-Unternehmensleitung die Verlagerung der Produktionskapazitäten in die USA.

Im April 2018 erhob die Staatsanwaltschaft Kiel Anklage gegen hochrangige Mitarbeiter von Sig Sauer wegen des Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz – so der Vorwurf des Kieler Oberstaatsanwaltes Axel Bieler. In der Folge wurde Privathäuser durchsucht, Sig Sauer droht eine Strafe in Millionenhöhe.

Die Anklage soll sich u.a. gegen die Topmanager Lüke und Ortmeier sowie eben gegen Cohen richten. Wie ernsthaft die Ermittler in Norddeutschland ihrem Auftrag nachkommen, zeigt Ron Cohens Verhaftung am Frankfurter Flughafen. Der 57-jährige Sig-Sauer-Manager wurde bereits Mitte Oktober gefasst und sodann nach Kiel verbracht und dort vernommen. Ende Oktober befand er sich wieder auf freiem Fuß – allerdings gegen eine hohe Kautions bei weiterhin fortbestehender Anklage.

Laut Spiegel-online ist mit der Entscheidung über die Eröffnung einer Hauptverhandlung „zeitnah zu rechnen“.

**To do 1 – Rüstungsexportkontrollgesetz verabschieden.** Der Jahre währende Einsatz der DFG-VK – seitens des Verbands und im Bündnis mit Aktion Aufschrei – zeigt Wirkung. Gerade in Deutschland gelingt es uns zusehends, ein Klima zu schaffen, das den Druck auf die Rüstungsexporteur massiv erhöht.

Um diesen Druck rechtlich abzusichern und weitere Strafverfahren initiieren zu können, muss seitens des

Gesetzgebers endlich ein Rüstungsexport-Kontrollgesetz verabschiedet werden. Hier gilt es, eine gemeinsame Initiative aus den Reihen der Linken, Grünen und SPD anzustoßen. Ziel muss sein, Rüstungsexporte grundsätzlich zu verbieten. Waffentransfers in menschenrechtsverletzende und kriegsführende Staaten müssen völlig verboten werden. Endverbleibserklärungen müssen rechtlich bindend sein. Deren Bruch muss juristisch sanktioniert werden. Gerade nach den skandalösen Enthüllungen im Verlauf des H&K-Prozesses sind diese Festschreibungen erforderlich.

**To do 2 – Machenschaften der Rüstungsindustrie** weltweit überwachen und aktiv entgegenzutreten. Die Gegenreaktion der Rüstungsindustrie auf unsere Erfolge in Deutschland muss kritisch beobachtet werden: Immer mehr Firmen verlagern ihre Produktionsstätten ins Ausland. Dorthin, wo die Exportkontrollgesetze erheblich laxer oder ineffizienter sind.

Insbesondere am Beispiel der Produktionsverlagerungen von Kleinwaffen- und Munitionsherstellern offenbart sich: Wir müssen weltweit als wachsame Watchdogs agieren, wollen wir weiterhin erfolgreich sein. Wir müssen auch auf anderen Kontinenten investigativ recherchieren, in den Weltsprachen publizieren und global vernetzt agieren. Und wir müssen mit Rechtsanwältinnen kooperieren, die mit uns den Klageweg bestreiten und Verantwortliche vor Gericht bringen.

Die Basis für diese Aktivitäten mit weltweiter Zielrichtung eröffnet uns das in Deutschland vom „Rüstungs-Informationsbüro“ mit Unterstützung der DFG-VK gegründete „GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE“ (GN-STAT). Eng soll die Zusammenarbeit mit internationalen Kooperationspartnern sein, wie der War Resisters' In-

## NO COMPROMISE IN MEXICO



ternational und dem International Peace Bureau.

**To do 3 – Informations- und Aktionsjahr 2019.** Das Jahr 2019 wird ein bewegtes werden. Mit dem „GLOBAL NET“ werden wir im Januar den von Shir Hever und Wolfgang Landgraaber eigens für das GN-STAT recherchierten „Fall 03“ über die weltweiten Waffenexporte Israels in mehreren Sprachen publizierten. Im Frühjahr folgt „Fall 04“ zum Leonardo-Korruptionsskandal in Italien, Südkorea und weiteren Ländern, recherchiert von Andrew Feinstein (Corruption Watch) und ergänzt von Helmut Lohrer (IPPNW). Im Sommer dann werden wir „Fall 05“ über Deadly Walls (Mörderische Mauern) veröffentlichen. Hierfür verfassen wir Firmen- und Täterprofile für rund 20 Rüstungskonzerne, die einerseits Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete liefern, somit schwere Menschenrechtsverletzungen ermöglichen und in der Folge unzählige Menschen in die Flucht treiben. Und die andererseits von der Flüchtlingsabwehr (offiziell „Border Security“) profitieren.

Bundesweiter Aktionstag von „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ ist der 26. Februar. Bis voraussichtlich März ist mit öffentlichen Verhandlungen und einem Urteil im Stuttgarter H&K-Strafprozess zu rechnen. Bis Mai werden wir im Rahmen der Europawahlen mit Wahlprüfsteinen agieren. Ganzjährig finden Hauptversammlungen von Rüstungskonzernen statt, wo wir als Kritische Aktionär\*innen zahlreiche Fragen zu den Machenschaften der Konzerne stel- >>

» len und zugleich die Nichtentlastung von Vorstand und Aufsichtsrat fordern (z.B. bei EADS, Rheinmetall und H&K).

Mit der Aufschrei-Kampagne werden wir den Druck auf die Politik zur Schaffung eines neuen Rüstungsexport-Kontrollgesetzes massiv erhöhen. Und im Laufe des Jahres 2019 soll der Strafprozess gegen Manager von Sig Sauer in Kiel beginnen. Für uns heißt das, so wie beim Strafver-

fahren gegen H&K, eine umfassende Prozessbeobachtung in Kiel zu organisieren.

Lasst uns als weltweit wachsame Watchdogs den Tätern in der Rüstungsindustrie, der Politik, des Militärs und der Lobbyverbände das Handwerk legen. Lasst uns und den Opfern solidarisch eine Stimme geben und den Tätern Name und Gesicht. Gerne wollen wir durch neuerliche Strafan-

zeigen gegen illegal operierende Rüstungsmanager zu mehr Gerechtigkeit beitragen.

*Jürgen Grässlin ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis, einer der Sprecher von „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und aktiv beim „RüstungsInformationsBüro“ sowie beim „GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE“.* «

## Illegaler Waffenhandel vor Gericht

### Strafprozess gegen Heckler & Koch-Verantwortliche in entscheidender Phase

Von Jürgen Grässlin

**A**cht Jahre nach Erstattung meiner ersten Strafanzeige gegen führende Mitarbeiter des Oberndorfer Kleinwaffenproduzenten und -exporteurs Heckler & Koch (H&K) und gut ein halbes Jahr nach Eröffnung des Strafverfahrens vor dem Landgericht tritt der Prozess in seine entscheidende Phase.

Mehr als 20 Prozesstage liegen hinter den fünf Angeklagten. Markus Bantle, die Nummer 6, wird als vormaliger H&K-Vertreter für Mexiko weiterhin mit internationalem Haftbefehl gesucht. Als mexikanischer Staatsbürger kann er erst dann von der Stuttgarter Justiz in Gewahrsam genommen werden, wenn er sein neues Heimatland verlassen sollte.

Dabei gilt Bantle – neben den weiteren Angeklagten Peter Beyerle und Joachim Meurer (vormalige H&K-Geschäftsführer), Ingo Sahlmann und Wolfram Mackrodt (frühere H&K-Vertriebsleiter) und einer ehemaligen Vertriebsmitarbeiterin – als eine der Schlüsselfiguren im G36-Gewehredeal mit Mexiko. Die Anklage laut Eröffnungsbeschluss des Landgerichts Stuttgart wiegt schwer: Peter Beyerle beispielweise muss sich wegen vorsätzlichen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) in Tateinheit mit bandenmäßigem Verstoß und gegen das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) in zwölf Fällen verantworten.

Alle sechs Beschuldigten sollen in den Jahren 2006 bis 2009 daran beteiligt gewesen sein, dass rund 10000 G36-Gewehre an das Verteidigungsministerium Mexikos verkauft und davon 4702 der Sturmgewehre in verbotenen Unruheprovinzen weitergeliefert wurden. So tauchten diese Waffen – widerrechtlich der Maßgabe der deutschen Kontrollbehörden Bundeswirtschaftsministerium (BMW) und Bundesausfuhramt (BAFA) – in den Händen korrupter Polizisten in Chiapas, Chihuahua, Jalisco und Guerrero auf.

Diese vier – beliefungsverbotenen – mexikanischen Unruheprovinzen zählten schon damals zu den Hauptschauplätzen des Drogenkrieges. 2014 konnte der Einsatz illegal nach Guerrero exportierter G36-Gewehre bei der Entführung von 43 und Ermordung von sechs Lehramtsstudenten einer Hochschule in Ayotzinapa belegt werden.

Die Beweislast war und ist seit der Übergabe des vorliegenden Informationsmaterials aus den Händen eines H&K-Whistleblowers erdrückend. Dessen ungeachtet stellte der Stuttgarter Staatsanwalt Peter Vobiller die Ermittlungen gegen die in den Fall involvierten Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums (BMW) und des Bundesausfuhramtes (BAFA) ein. Damit trat die Verjährungsfrist in Kraft, Vertreter der Rüstungsexport-Kontrollbehörden wurden im Verfahren

seither als Zeugen vernommen – nicht aber als Beschuldigte.

Staatsanwalt Vobiller ist längst versetzt, seine Nachfolger bemühen sich bislang nach Kräften und womöglich vergeblich um den Beweis der Anklage. Nicht weil Beweise fehlen würden, vielmehr weil der Vorsitzende Richter Maurer eine sehr eigenwillige Interpretation der Rechtslage an den Tag legt. Mehrfach wiederholte Maurer in der Verhandlung, dass die Endverbleibserklärungen – wonach die vier beliefungsverbotenen Unruhestaaten keinesfalls hätten G36-Sturmgewehre erhalten dürfen – nicht Teil der von H&K und dem mexikanischen Verteidigungsministerium ausgehandelten Verträge gewesen seien.

**Genau diese Vorgabe trifft aber definitiv nicht zu.** Ein Faktum, das mit der TV-Reportage des ARD-Politikmagazins „Report Mainz“ am 14. August 2018 klar widerlegt werden konnte: „Ausdrücklich in den Verträgen als Empfänger benannt werden dagegen zwei mexikanischen Bundesstaaten: Chiapas und Guerrero. Beide durften nicht beliefert werden. Damit widersprechen die Verträge den offiziellen Endverbleibserklärungen, in denen diese Staaten nicht mehr auftauchen“, so die Recherchen von Thomas Reutter und Daniel Harrich. Bleibt letztlich die Frage, welche Kenntnis jeder der Angeklagten jeweils von der

Vertragslage hatte – eine Frage, die entscheidend zur Urteilsfindung beitragen wird.

Zum Schluss eine Tatsache, die im H&K-Strafverfahren – wie bei all den anderen Gerichtsverhandlungen bei widerrechtlichem Waffenhandel – erschreckt: Die Opfer werden schlichtweg ausgeblendet. Treten sie dennoch in Erscheinung, wird ihnen übel mitgespielt. So wurde im H&K-Verfahren die intendierte Nebenklage des Rechtsanwalts Christian Schliemann vom European Center for Constitutional and Human Rights in Berlin vom Stuttgarter Landgericht abgewiesen. Betroffene – beispielsweise Angehörige der auch mit G36-Gewehren verübten Menschenrechtsverletzungen in Ayotzinapa – bleiben damit außen vor.

**Wie wenig die Opfer eine Rolle spielen** – weder im H&K-Prozess am Landgericht Stuttgart noch im Unternehmen selbst – zeigte sich auch bei der 4. Hauptversammlung der H&K AG am 21. September in Rottweil. Dort meldeten sich 13 Aktivistinnen der „Kritischen Aktionär\*innen Heckler & Koch“ mit rund 200 Fragen zu Wort.

Gerade die Antworten auf die Fragen kritischer Aktionäre nach den G36-Exporten nach Mexiko und deren Opfer wecken massive Zweifel an der Seriosität und Ernsthaftigkeit der H&K-Unternehmensführung. „Wir bedauern diese Verbrechen“, verkündete der H&K-Vorsitzende Jens Bodo Koch pauschal – ohne jegliche Entschuldigung für die Beihilfe zum Morden in Mexiko durch den Export Abertausender G36-Sturmgewehre. H&K-Waffen seien dazu da, in den Händen von Polizisten „Opfer zu schützen“. Bei Exporten würde sich das Unternehmen immer „streng an Recht und Gesetz halten“ – was für Phrasen angesichts des tödlichen Einsatzes von H&K-Gewehren in den Händen mexikanischer Polizisten und Drogenbanden.

Schlimmer noch. Bei einer Podiumsveranstaltung zur Aufklärung über die Folgen der H&K-Waffenexporte nach Mexiko am 26. September 2018 in Stuttgart schilderten die Rechts-

anwältin Sofía De Robina vom Menschenrechtszentrum „Miguel Agustín Pro Juárez A.C.“ und Leonel Gutiérrez Solana eindrücklich die Folgen des Polizeieinsatzes in Ayotzinapa. Solanas Bruder liegt seit seinem Kopfschuss



Leonel Gutiérrez Solana, Jürgen Grässlin und die Anwältin Sofía De Robina

durch Polizisten – ausgerüstet mit G36 und anderen Kleinwaffen – im Koma.

Als Solana an eben diesem 26. September, dem 17. Verhandlungstag im H&K-Prozess, vor Verhandlungsbeginn im Gerichtssaal das Foto seines im Koma liegenden Bruders in die Höhe hielt, lernte er den deutschen Sicherheitsapparat näher kennen: Mehrere Sicherheitsbeamte stürzten sich auf ihn und entrissen ihm das Foto.

**Der Prozesstag am 21. November** brachte eine wahrlich überraschende Entwicklung mit sich. Fat auf den Tag genau sechs Monate nach Verhandlungsbeginn vor dem Landgericht Stuttgart, tauchten am 21. Verhandlungstag weitere Aktenordner und rund 17000 neue E-Mails auf. Prozessbeobachter Jan van Aken, vormalig Linke-Bundestagsabgeordneter, brachte die skandalöse Entwicklung dieses 15. Novembers auf den Punkt: „Offenbar hat das ermittelnde Zollkriminalamt hier geschlampt.“

Denn die beiden Aktenordner, die bei einer der Hausdurchsuchungen bei H&K wegen eines Bestechungsverdachts gefunden wurden, waren augenscheinlich für das Strafverfahren bezüglich der illegalen G36-Gewehrexporte nach Mexiko übersehen worden.

Dabei scheinen die Ordner Relevanz zu haben, bewertet Jan van Aken deren Bedeutung. Kein Wunder, denn der Vorsitzende Richter hatte sich bei deren Inaugenscheinnahme so geäußert: Die Ordner „lassen meine Äuglein leuchten, unter Aufklärungsgesichtspunkten“.

Die Folge: Das neue Datenmaterial muss ausgewertet werden, das Verfahren wird sich ins neue Jahr hinziehen. Verhandelt werden wird am 10., 17., 24. und 31. Januar. Zudem müssen sich die Angeklagten alle Donnerstage bis Ende März freihalten.

Was bleibt zu tun? Wir werden den weiteren Prozessverlauf genau verfolgen, unser Rechtsanwalt Rothbauer wird neue Dokumente ins Verfahren einbringen, wir werden mit dem „GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE“ den bereits publizierten Fakten und Hintergründen weitere hinzufügen und die Tagesprotokolle von Jan van Aken und der Rosa-Luxemburg-Stiftung ins Spanische und ins Englische übersetzen. Somit können interessierte MedienvertreterInnen, allen voran in Lateinamerika, weiterhin umfassend über das Strafverfahren berichten.

Je nach Urteil müssen die Angeklagten und dann ggf. Verurteilten sowie die Staatsanwaltschaft entscheiden, ob sie Revision beim Bundesgerichtshof einlegen. Für DFG-VK und Aktion Aufschrei steht eine weitere wichtige Tätigkeit an: Wir müssen massiv Druck auf die im Bundestag vertretenen Parteien ausüben, damit die eklatanten rechtlichen Lücken, die in diesem Strafverfahren bei Endverbleibserklärungen etc. offenbar wurden, in einem neuen Rüstungsexport-Kontrollgesetz geschlossen werden.

*Jürgen Grässlin ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis und hat durch seine Anzeigen das Strafverfahren gegen Verantwortliche bei Heckler & Koch angestoßen.* «

# Zum Traditionsverständnis der Bundeswehr

## Zurück auf dem Weg zurück in altes militärisches Denken und Handeln

Von Joachim Schramm

**M**itte 2017 wurde der Bundeswehrosoldat Franco A. wegen des Verdachts der Vorbereitung eines rechtsgerichteten Anschlags verhaftet. Die Veröffentlichungen der Hintergründe des Falls lösten eine Diskussion über rechtsextreme Vorgänge in der Bundeswehr aus. In Folge wurden Kasernen nach Devotionalien der Wehrmacht durchsucht und diese eingesammelt. Außerdem wurde der Traditionserlass der Bundeswehr von 1982 durch einen überarbeiteten Erlass ersetzt.

Was bewirkt der neue Traditionserlass und wie steht es um den Rechts extremismus in der Bundeswehr? Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, führte der nordrhein-westfälische Landesverband zusammen mit dem DFG-VK-Bundesverband und dem Alois-Stoff-Bildungswerk und mit Unterstützung der Bertha-von-Suttner-Stiftung am 17. November in Bielefeld eine Konferenz mit dem Titel „Rommel und das Traditionsverständnis der Bundeswehr“ durch.

Bei der Konferenz ging es um die Gründungsgeschichte der Bundeswehr, die daraus resultierenden Traditionslinien zur Wehrmacht sowie um die Frage, welche Rolle heute die Tradition für die „Armee im Einsatz“ spielt. Auch die Anziehungskraft der



„Rommel-Tagung“ der DFG-VK im November in Bielefeld

Bundeswehr auf Rechtsextreme sollte betrachtet werden.

Die Veranstaltung, die nur wenige Dutzend Kilometer von der Augustdorfer Rommel-Kaserne entfernt stattfand, erhielt eine besondere Aktualität durch Meldungen über den früheren CDU-Generalsekretär und heutigen Parlamentarischen Staatssekretär im Verteidigungsministerium Peter Tauber, der im Oktober per Twitter an Rommels Geburtstag erinnerte. Der neue Traditionserlass bezeichnet die Wehrmacht als nicht traditionswürdig, lässt aber Schlupflöcher wie die für Hitlers Lieblingsgeneral Erwin Rommel.

Als Referenten eingeladen waren der Sozialwissenschaftler und Historiker Wolfgang Proske aus Heidenheim sowie Lucius Teidelbaum, Journalist und Publizist aus Tübingen.

Bei der abschließenden Podiumsdiskussion saßen außerdem Frank Brendle als DFG-VK-Vertreter und der kritische Bundeswehrosoldat Daniel Lücking, beide aus Berlin, mit auf dem Podium.

**Von Wehrmachtsgenerälen aufgebaut.** Zu Beginn zeichnete die DFG-VK-Bundessprecherin Kathi Müller die Entstehungsgeschichte der Bundeswehr nach. Sie erinnerte daran, dass die ehemaligen Wehrmachtsgeneräle Adolf Heusinger und Hans Speidel wesentlichen Anteil am Aufbau der neuen Armee hatten. Beide waren an verbrecherischen Aktivitäten der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg beteiligt.

Insgesamt stammten Ende der Fünfzigerjahre über 12000 Offiziere der Bundeswehr

aus der Wehrmacht, 300 waren ehemalige SS-Offiziere, so Müller.

Angesichts dieser Tatsachen verwundert es nicht, dass eine Vielzahl von Bundeswehrkasernen nach Offizieren der Wehrmacht benannt wurde. Erst nach und nach sorgten öffentliche Diskussionen seit den 1980er Jahren dafür, dass diese Benennungen geändert wurden. Aber noch immer tragen sieben Kasernen die Namen von Wehrmachtsgrößen wie dem Jagdflieger Marseille, dem Nachtjäger Lent und natürlich dem Generalfeldmarschall Rommel.

**Zur Figur Rommel** stellte Wolfgang Proske in seinem Vortrag dessen Wirken vor allem in Afrika, aber auch in Italien dar. Der Mythos Rommel sieht diesen als „edlen Soldaten“, der selbst von seinen Gegnern, britischen, australischen und neuseeländischen Soldaten, als fair und ritterlich bezeichnet wurde. Proske zeigte jedoch, dass Rommel diese Ritterlichkeit nur gegen „arische“ Gegner an den Tag legte und ansonsten der Rassenpolitik der Nazis folgte. Während er den Befehl des Afrikakorps in Libyen innehatte, wurden dort libysche Juden zu Zwangsarbeit verpflichtet und teilweise auch in KZs deportiert. Als im weiteren Kriegsverlauf die deutschen Truppen aus Afrika verdrängt wurden und die italienischen Verbündeten die Seite wechselten, wurden auch in Rommels Befehlsbereich in Italien schwere Kriegsverbrechen begangen. Rommel äußerte sich in einem Befehlsmenschenverachtend über die nun auf der anderen Seite stehenden italienischen Soldaten. Proske verwies darauf, dass Rommels spätere Distanz zu Hitlers Kriegsführung eher militärstrategischer Natur war als ein Zeichen seiner Sympathie mit dem Widerstand des 20. Juli. In der Geschichtswis-

senschaft würde heute nur noch eine Minderheit die These vertreten, Rommel habe mit dem Widerstand zusammengearbeitet. Ein Mann wie Rommel taue in keinem Fall als Vorbild für die heutige Bundeswehr, so Proske.

**Lucius Teidelbaum wies in seinem Vortrag** darauf hin, dass es im Zusammenhang mit Bezügen der Bundeswehr zur Wehrmacht zwei gegenläufige Entwicklungen gäbe. Zum einen habe der Fall Franco A. einige Maßnahmen zur Folge gehabt, die Zurschaustellung von Wehrmachtsrelikten in den Kasernen zu unterbinden sowie einen neuen Traditionserlass mit seiner formalen Distanz zur Wehrmacht zu erstellen.

Andererseits habe die Umorientierung der Bundeswehr zur „Armee im Einsatz“ die Wirkung, dass der Traditionsbezug zu „erfolgreichen“ deutschen Armeen der Vergangenheit und damit auch zur Wehrmacht innerhalb der Truppe eine große Rolle spiele, auch getragen vom Offizierskorps. Der „archaische Kämpfer“ bekomme wieder mehr Bedeutung als der „Staatsbürger in Uniform“. Rechte Kräfte würden immer wieder versuchen, Bundeswehrosoldaten zu erreichen, sei es durch Militärzeitschriften aus rechten Verlagen oder z.B. durch T-Shirts, auf denen Verbindungen zwischen dem Afghanistaneinsatz der Bundeswehr und dem Afrikakorps der Wehrmacht hergestellt wurden.

Förderlich für rechte Tendenzen in der Bundeswehr ist laut Teidelbaum auch die Struktur der Armee als Männerbund. Dazu gehörten Gruppen-Rituale, in denen vor allem Neuankömmlinge gedemütigt und gequält werden. Auch eine latente Schwulen- und Lesben-Feindlichkeit sei in der Armee vorhanden. Beides spiele dem autoritären Weltbild der Rechten in die Hände. In den Auslandseinsätzen kämen dann häufig auch rassistische Einstellungen gegenüber der Bevölkerung der Einsatzländer zum Ausdruck.

Die hohe Zahl von ehemaligen Wehrmachtsgenerälen, die bei der Gründung der Bundeswehr dabei wa-

ren, habe mit dazu geführt, dass es bis heute einen traditionalistischen Flügel gebe, der an einem auf kämpferische Effizienz ausgerichteten Soldatenbild festhalte. Dies sei über die Jahrzehnte auch durch verschiedene Traditionsverbände aufrechterhalten worden, in denen Wehrmachtsveteranen mit Bundeswehrosoldaten zusammentrafen. Dies nimmt heute ab, da die Veteranen aussterben. Allerdings gibt es – z.B. bei den Gebirgsjägern – auch Verbände, die generationsübergreifend aufgestellt sind und mit jungem Nachwuchs weiterexistieren.

Bei der Verehrung ehemaliger Wehrmachtsgrößen wie Rommel oder Mölders werde versucht, deren Verstrickung in die NS-Ideologie auszublenden und deren soldatische Leistungen in den Vordergrund zu rücken. Auch die Würdigung des militärischen Widerstands um Stauffenberg würde ausblenden, wofür diese Leute eigentlich gestanden hätten. Stauffenberg verachtete die Weimarer Republik und strebte eine Art Militärdiktatur an.

**Bedenklicher als die einfachen Soldaten** mit rechten Ansichten sind aus Sicht Teidelbaums diejenigen Offiziere, die ein rechtes Weltbild vertreten und das natürlich auch in ihre Untergebenen weitergeben. In der Regel wird dies nach außen erst sichtbar, wenn diese Offiziere in den Ruhestand gehen und sich dann über Buchveröffentlichungen oder Vorträge outen.

Lucius Teidelbaum führe einige Beispiele an und verwies auch auf den ehemaligen Leiter der Eliteeinheit Kommando Spezialkräfte (KSK), Reinhard Günzel. Dieser machte jedoch schon während seiner Dienstzeit auf seine Gesinnung aufmerksam



Leider nur eine symbolische Straßenumbenennung

und wurde in diesem Zusammenhang dann entlassen. Danach wurde aber auch offenkundig, wie lange in den KSK-Kräften z.B. die entsprechende Einheit der Wehrmacht, die „Brandenburger“, als Vorbild dargestellt worden war.

Aktive Offiziere mit rechten Einstellungen würden sich eher an der Neuen Rechten und der AfD orientieren und in entsprechenden Organen publizieren. Teidelbaum wies darauf hin, dass die Bundeswehr und das Verteidigungsministerium zwar inzwischen auf offen rechtsextreme Äußerungen reagieren und die entsprechenden Soldaten auch aus der Bundeswehr entfernen, in Bezug auf Anhänger der Neuen Rechten aber keine Problem sehen würden.

**In der abschließenden Podiumsdiskussion** wurde dann versucht, der Frage nachzugehen, ob denn ein unbelasteter Traditionsbezug der Bundeswehr überhaupt möglich sei.

Hier konnte Daniel Lücking immer wieder auf seine direkten Erfahrungen aus dem Bundeswehrdienst und »



Rommel kann kein Vorbild sein

» seinen Auslandseinsätzen zurückgreifen, während Lucius Teidelbaum und Frank Brendle ihre Erkenntnisse aus einer intensiven Beschäftigung mit dem Thema zogen.

Einig waren sie sich in der Frage, welche Funktion das Traditionsverständnis der Bundeswehr heute habe. Dabei wurde u.a. Sönke Neitzel, Professor für Militärgeschichte an der Uni Potsdam zitiert, der in einem „Zeit“-Interview betont hatte, die Soldaten im Kriegseinsatz bräuchten die Vorbilder aus der Armee, die als letzte in solchen Einsätzen gestanden hätten, also der Wehrmacht. Neitzel, der sich vielfach in die Auseinandersetzung um den Traditionserlass eingebracht hat, vertritt hier eine militärnahe Position, die den Erfolg des „militärischen Handwerks“ im Fokus hat und die ethischen Probleme weitgehend ausklammert. Im neuen Traditionserlass ist daher folgerichtig formuliert: „Tradition (...) schafft und stärkt Identifikation, unterstützt eine verantwortungsvolle Auftrags Erfüllung und er-

höht Einsatzwert und Kampfkraft. (...) Tradition spricht nicht nur Kopf und Verstand an, sondern in besonderer Weise auch Herz und Gemüt.“

Während der Traditionserlass sich formal von der Wehrmacht distanziert, lässt er große Schlupflöcher, indem er Einzelpersonen der Wehrmacht nach Einzelfallprüfung doch wieder als traditionswürdig zulässt.

Die Podiumsteilnehmer vertraten die Meinung, dass sich der traditionalistische Flügel der Bundeswehr an einzelnen Namen wie Rommel festklammere, auch um hinter den Nato-Partnern nicht zurückzustehen, bei denen z.B. Rommel ebenfalls unkritisch verehrt würde.

Die deutschen Armeen vor 1918 werden durch den Traditionserlass prinzipiell für traditionswürdig gehalten. Hier ging die Diskussion darauf ein, dass die kaiserliche Armee z.B. schwere Kriegsverbrechen in Südwestafrika verübt und im Ersten Weltkrieg Millionen Soldaten in sinnlosen Kämpfen verheizt habe. Der Historiker Hannes Heer bezeichnete den Zustand in den letzten Jahren des Ersten Weltkrieges als eine Militärdiktatur. Auch hier ist also der neue Traditionserlass äußerst fragwürdig, da er diese Aspekte völlig ausklammert.

Insgesamt sahen die Podiumsteilnehmer daher wenig Perspektiven für ein unbelastetes Traditionsverständnis der Bundeswehr. Durch die Umori-

entierung zur Armee im Einsatz stehe das kriegerische Handeln wieder im Vordergrund und nicht der Versuch, die Armee demokratischen Regelungen zu unterwerfen.

### So bleibt als Fazit der Konferenz

die Erkenntnis, dass die Bundeswehr zwar einige alte Zöpfe abgeschnitten hat, aber insgesamt auf dem Weg zurück in altes militärisches Denken und Handeln ist. Der in einigen Phasen der Geschichte der Bundeswehr unternommene Versuch, mit der Inneren Führung und anderen Maßnahmen eine demokratische Armee zu schaffen, dürfte längst gescheitert sein. Dies deutlich zu machen und gegen alle Versuche, die Bundeswehr zu verharmlosen energisch vorzugehen, ist Aufgabe der Friedensbewegung und aller demokratischen Kräfte. Dazu gehört auch, nachdrücklich die Umbenennung der beiden Rommel-Kasernen in Augustdorf und Dornstadt zu fordern. Der offene Rückgriff auf die Tradition der Nazi-Wehrmacht darf in einer Demokratie nicht akzeptiert werden!

Video- und Audiomitschnitte der Konferenz sowie Texte sind abrufbar unter <http://nrw.dfg-vk.de/themen/bundeswehr.html>

Joachim Schramm ist Geschäftsführer des nordrhein-westfälischen DFG-VK-Landesverbands. <<

Frankreich und ging trotzdem als Freiwilliger zur Artillerie, wurde später ausgemustert, aber wegen seiner Antikriegsaktivitäten erneut einberufen. Endgültig aus dem Militär entlassen wurde er nach der Einweisung in die Psychiatrie. Verarbeitet hat Toller seine Erlebnisse in dem Buch „Eine Jugend in Deutschland“, immer noch ein sehr fesselnder und lesenswerter autobiografischer Bericht mit dem Fazit: „Der Krieg ließ mich zum Kriegsgegner werden“ (Köln 2010).

**Dominik Richert**, Landwirt aus dem Elsass, war Frontsoldat während des gesamten Krieges. Er desertierte im Mai 1918 an der Westfront. Seine Kriegserinnerungen wurden erst in den 1980er Jahren entdeckt und 1989 unter dem Titel „Beste Gelegenheit zum Sterben“ veröffentlicht. Er beschreibt in seinen Aufzeichnungen ungeschönt die Kriegsgräuere, den massenhaften, sinnlosen Tod, den Hunger und die Entbehrungen. Die von Talib Richard Vogl vorgetragenen Passagen gehören zu den eindringlichsten Passagen des Abends. Der Bayerische Rundfunk produzierte 1992 einen Film über das Schicksal von Dominik Richert, der auf Youtube verfügbar (<https://www.youtube.com/watch?v=82jYf9WgfJw&feature=youtu.be>).

**Richard Stumpf**, Zinngießer aus Nürnberg, war Marinesoldat und beteiligt an den Aufständen in Wilhelmshaven im Jahr 1918. Seine Tagebucherinnerungen erschienen gekürzt in den 1920er Jahren, eine ungekürzte Fassung nur auf englisch 1969 in den USA.

### Letzter Protagonist in der Lesung

ist der Schriftsteller, Lehrer und Naturliebhaber Wilhelm Lehmann. Er desertierte bereits beim ersten Fronteinsatz. Seine Kriegserlebnisse schilderte er in dem Roman „Der Überläufer“, der wohl ersten positiven Schilderung einer Desertion in der deutschen Literatur. Eine gekürzte Fassung ist 2014 im Donat-Verlag erschienen und noch lieferbar (Bremen 2014).



Beeindruckende Inszenierung: Rudi Friedrich (li.) und Talib Richard Vogl bei der szenischen Lesung

### Die sehr gelungene Textauswahl

und die sparsamen, aber wirkungsvollen Requisiten machen das brutale, stumpfsinnige und gänzlich unheuerliche Soldatenleben im Ersten Weltkrieg sehr lebendig. Rudi Friedrich und Talib Richard Vogl gelingt mit ihrer hervorragenden Interpretation der Texte, den eindringlichen lautpotentischen Klangexperimenten und der musikalischen Unterstreichung mit Trompete, Gitarre und Trommel eine beeindruckende Inszenierung. Nicht zu vergessen die zeitgenössischen Lieder, Märsche und Gedichte, die zu dem aufschlussreichen Blick auf die damalige Zeit beitragen.

Sehr gelungen auch die Auswahl und verdichtete Bearbeitung der vorgestellten Texte und der verzweifelt schwarze Humor („beste Gelegenheit zum Sterben“). Die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges zeigen, dass Kriegsdienstverweigerer und Deserteure Unterstützung und Schutz vor dem Zugriff der kriegführenden Parteien brauchen: eine Verpflichtung für uns bis heute. Das Programm regt unweigerlich zur Weiterbeschäftigung mit den vorgestellten Schicksalen, Kriegsdienstverweigerung und Desertion an. Erste Hinweise gibt dabei das sehr gut gestaltete Programmheft.

Rudi Friedrich ist Mitarbeiter von Connection e.V. in Offenbach, der seit Jahren Kriegsdienstverweigerer und Deserteure weltweit unterstützt. Mit diesem Programm zeigt Rudi Friedrich seine künstlerische Begabung zum ersten Mal einem größeren Publikum. Talib Richard Vogl hat Gitarre studiert und eine Ausbildung zur Sprecherziehung und Stimmbildung. Rollenpräsenz und der für die jeweilige Rolle charakteristische Vortragsstil trugen zu der rundum gelungenen Premiere am 23. Oktober bei den „Spiegelfechtern“ in der Orgelfabrik Karlsruhe-Durlach bei, der eine hoffentlich noch erfolgreiche Tournee mit vielen weiteren Auftritten folgt. Termine und Anfragen für weitere Gastspieltermine unter [www.connection-ev.org](http://www.connection-ev.org)

Stefan Lau ist aktiv in der DFG-VK-Gruppe Karlsruhe. <<

## „Beste Gelegenheit zum Sterben“

### Szenische Lesung zu Militärstreik und Desertion im Ersten Weltkrieg

Von Stefan Lau

Kriegsdienstverweigerung war jahrzehntlang ein zentrales Thema der DFG-VK, trat aber spätestens nach der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 in den Hintergrund. Seit in diesem Sommer nicht nur von CDU-Politikern eine Wiedereinführung der Wehrpflicht gefordert wurde, ist es notwendig, dass

wir Kriegsdienstverweigerung wieder verstärkt ins öffentliche Bewusstsein rücken. Hilfreich kann dabei auch ein Blick zurück sein. Mit ihrem Programm „Krieg? Ohne Uns! – Szenische Lesung zu Desertion und Militärstreik im Ersten Weltkrieg“ rufen Rudi Friedrich und der Gitarrist Talib Richard Vogl sehr eindringlich anhand

von vier Einzelschicksalen Desertion und Verweigerung am Ende des Ersten Weltkriegs in Erinnerung.

### Von ihnen heute sicher noch am Bekanntesten:

der Schriftsteller Ernst Toller, nach dem Krieg ein führender Kopf der Münchner Räterepublik. Vor dem Krieg studierte er in

Die nächsten Veranstaltungstermine  
19.2.2019, 19.00 Uhr, Bonn: Brotfabrik Bonn-Beuel, Kreuzstr. 16  
28.2.2019, 19.30 Uhr, Frankfurt/Main: Haus am Dom, Domplatz 3  
7.4.2019, 11.00 Uhr, Neu-Isenburg: Bertha-Pappenheim-Haus, Zeppelinstraße 10

## ... zum Beispiel die Gruppe Erlangen

### Von Dickschädeln und Friedenskämpfern

Von Ernst Rattinger

**W**er denkt beim Stichwort „Franken“ nicht sofort an gemütliche Menschen mit einer originellen Sprache, welche sich vom Bayrischen deutlich unterscheidet, Menschen, die meistens Deftiges essen und Bier aus einer Brauerei der Region trinken?

**Genug der Klischees.** Hier geht es um widerständige Menschen, die seit Jahrzehnten Friedensarbeit machen, wie zum Beispiel Hugo Stößinger: Jahrgang 1900, Kämpfer gegen Atomtod und Wiederbewaffnung in den 1950er Jahren, 1962 bei der DFU (Deutsche Friedensunion), Ostermarschierer, 1968 Eintritt in die IdK (Internationale der Kriegsdienstgegner). Zu dieser Zeit hatten die Brandungswellen der 68er-Bewegung die behäbige Universitätsstadt Erlangen noch nicht erfasst, und in anderen Regionen des

Die DFG-VK ist eine Basisorganisation mit annähernd 70 Gruppen und 11 Landesverbänden sowie dem Bundesverband, der als eingetragener Verein den formalrechtlichen Rahmen für alle Gliederungen bildet. Nach der Satzung ist die „Aufgabe der Gliederungen, friedenspolitische Arbeit in ihrem Bereich zu leisten und sich an den Diskussionsprozessen und gemeinsamen Aktionen des Verbandes zu beteiligen. Sie regeln ihre Gremien und ihre Arbeitsweisen sowie ihre Aufgabenstellungen und Arbeitsschwerpunkte selbstständig.“ Das macht die Vielfalt und thematische Breite der DFG-VK aus.

An dieser Stelle werden in der *CivilCourage* regelmäßig DFG-VK-Gruppen mit ihrer Arbeit präsentiert.

Die Adressen aller Gruppen und Landesverbände finden sich im Internet unter <https://www.dfg-vk.de/kontakte>

Freistaats wurden Sozis nach wie vor mit Weihwasser bekämpft.

Eine IdK-Gruppe gab es auch noch nicht, doch der fränkisch-protestantische Geist der Stadt war der Nährboden für alle möglichen kritischen Initiativen. Jedenfalls vermeldete das Erlanger Tagblatt nach der Gründung der DFG-IdK Erlangen im Jahre 1971, die Gruppe verstehe sich nicht als pazifistische, sondern als politische, aber überparteiliche Organisation. Man wolle politisch für den Frieden arbeiten. Entsprechend sah dann auch die Liste der bereits bearbeiteten Themen aus: Funktion der Armee in kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaftssystemen, Kalter Krieg und Remilitarisierung der BRD, Imperialismus. Also: der Themenkanon der Zeit.

16 Personen waren am Anfang dabei, unter ihnen eine Frau, doch die Anzahl der Mitglieder wuchs rasch, was unter anderem dadurch begünstigt wurde, dass die junge Gruppe in die Beratung der Kriegsdienstverweigerer einstieg, besser: einsteigen musste, denn der Bedarf an qualifizierter Beratung war gewaltig. An die 200 Ratsuchende jährlich kamen in die Beratungsabende, die einmal wöchentlich angeboten wurden. „Wir waren eine Art Amnesty für Kriegsdienstverweigerer“, sagte später über diese Phase Michael Stelter, der noch heute in der Gruppe aktiv ist. Die meisten Gruppenmitglieder kamen – und gingen bald wieder in die weite Welt. Von den Leuten der Gründungszeit war bereits 1976 nur noch einer da – Hugo Stößinger, Jahrgang 1900, eine tragende Säule der KDV-Beratung in Erlangen.

Ab 1978 gab es landauf, landab Friedenstage oder Friedenswochen. Ganz klar, dass die Erlanger Friedentage ganz wesentlich von der örtlichen IdK-Gruppe gestaltet wurden, die inzwischen eine DFG-VK-Gruppe

geworden war. „Erlanger Bündnis für den Frieden“ (EBF) heißt der Trägerkreis der Friedenstage heute. Bereits im zweiten Jahr waren 17 Organisationen dabei – und der Oberbürgermeister Schirmherr. Erstaunlich in Bayern? Wir sind in Franken!

Über das Friedensbündnis sind gute Kontakte vorhanden zu den Parteien im Stadtrat, die auch im Bündnis vertreten sind, sowie zum Oberbürgermeister, der in Erlangen schon seit 1984 (!) Mitglied der „Mayors for Peace“ ist. Der jetzige OB hat in diesem Jahr sogar das „Mutlanger Manifest 2017“ zusammen mit Vertretern des EBF öffentlich unterzeichnet. Dieses Manifest bekräftigt das Fortbestehen des INF-Vertrags von 1987, der die völkerrechtliche Grundlage für den Abzug der atomaren Mittelstreckenwaffen aus Europa schuf und damit das Ende des kalten Krieges einleitete.

Auch überregional mischten sich die Erlanger Friedensfreunde ein, so bei den Großdemonstrationen gegen den „Nachrüstungsbeschluss“ der Nato und besonders bei der Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm im Herbst 1983. Bereits 1980 war die Gruppe beim Kongress und Fest „Jugend gegen Kriegsdienst“ in Hamm stark vertreten, nicht nur an der Theke, sondern schon Tage vorher beim Aufbau.

**DFG-VK Bayern und Radtouren** – das gehört einfach zusammen: 1985 fuhr man zum Abschluss der regionalen Ostermärsche mit dem Rad von Erlangen nach Nürnberg zur zentralen Abschlusskundgebung. Manfred Diebold über diese Zeit: „Mitte der 1980er Jahre war die Hochphase der Gruppe mit vielen Aktiven. Etwa zwei Jahre lang gab es einen Jugendclub Courage bei uns, und 1986 war Er-

langen Gastgeber der Landesmitgliederversammlung. In dieser Zeit konnten in Bamberg und Forchheim eigene Gruppen gegründet werden. Ebenfalls im Jahre 1986 wurde Hugo Stößinger mit dem Friedenspreis der DFG-VK Bayern ausgezeichnet.“

Sehr lange dauerte diese Zeit voller Aktivitäten allerdings nicht, denn in den 1990er Jahren konnte man in Forchheim und Bamberg kein eigenständiges Gruppenleben aufrecht erhalten. Die verbliebenen Mitglieder schlossen sich mit Erlangen zu einer Regionalgruppe zusammen. Sehr viel später, im Jahre 2014, kamen dann noch Mitglieder aus Bayreuth hinzu. Seither heißt die Gruppe daher auch ganz offiziell DFG-VK Erlangen – Region Oberfranken.

Wenn nun der Eindruck entsteht, die Gruppe sei am Ende eines langen Erosionsprozesses angelangt, dann stimmt das nicht. Die Gruppe ist durchaus ein aktiver Teil der Erlanger Zivilgesellschaft und auch in anderen Städten präsent. Schon seit dem Jahr 2000 existiert eine eigene Internetseite, und Jahr für Jahr werden im Normalfall zwei eigene Veranstaltungen durchgeführt. Schaut man sich das Fotoarchiv der Gruppe an, so fällt auf: Ein Infostand nach dem anderen – vor Schulen oder Bundeswehrveranstaltungen sowie der jährlichen Waffenmesse und immer wieder auf dem Hugentotenplatz in Erlangen. Und selbst bei der Reaktivierung der ehemals bedeutenden Gruppe Nürnberg-Fürth im Jahre 2008 leisteten die Erlanger Aktiven gewissermaßen Wiedergeburtshilfe. Nach wie vor funktioniert die Zusammenarbeit der beiden Gruppen reibungslos. Nicht selten werden Veranstaltungen mit auswärtigen Referenten so terminiert, dass sie an einem Tag in Erlangen und am Folgetag in einem anderen Ort der Region stattfinden können.

**Die Regionalgruppe** hat in den letzten Jahren mehrere neue Mitglieder bekommen. Teils über DFG-VK-Seiten im Internet, teils über die regelmäßige Präsenz bei Infoständen oder Aktio-

nen vor Ort. Durchschnittlich sind fünf bis sechs Mitglieder bei den Treffen, manchmal auch mehr, was die Gruppe als ein Ergebnis ihrer Präsenz in der Öffentlichkeit sieht. Deshalb finden seit 2017 von Frühjahr bis Herbst regelmäßig Infostände mit einem DFG-VK-Roll-Up und der Pace-Fahne vor den monatlichen Treffen in Erlangen statt. In den maximal drei Stunden ergeben sich stets längere Gespräche mit jüngeren Menschen, die die Aktiven auch gezielt ansprechen wollen. Zur inhaltlichen Diskussion bei den Treffen wird eine Themenliste erstellt, wenn möglich mit einem Input-Referat.

Die Themen im Jahr 2018 waren die Auslandseinsätze der Bundeswehr, Bundeswehr und Schule sowie Cyberwar und elektronische Kampfführung. Dieses Jahr waren zwei Aktive der Gruppe zum ersten Mal in zwei Schulen in Erlangen und Umgebung als Vertreter der Friedensbewegung eingeladen, nachdem dort zuvor ein Jugendoffizier in der Klasse war. Seit Jahren ist ein Schwerpunkt der Gruppenaktivität „Bundeswehr und Schule“. In diesem Rahmen finden immer wieder Aktionen der Gruppe Erlangen – Oberfranken und des Friedensbündnisses vor Schulen statt, in denen die „Karriereberater“ fürs Militär werben. Und noch immer orientiert sich die Gruppe auch überregional. Die Mitarbeit bei der Internationalen Friedenskonferenz in München einschließlich Demo gegen die sog. Sicherheitskonferenz sowie Aktionen in Ramstein sind in diesem Zusammenhang zu nennen.

Wie weiter in Erlangen – Oberfranken? Fragt man den Gruppensprecher Manfred Diebold, so bekommt man zur Antwort: „Manchmal ist es schon mühsam, aber wenn wir nicht auf eine friedliche Welt hinarbeiten, wer soll es sonst tun?“

DFG-VK-Gruppe Erlangen-Forchheim-Bamberg  
c/o Manfred Diebold, Westring 19,  
91462 Dachsbach; Tel: 09163-523 oder  
auch 0911-7849542 (Michael Stelter)  
E-MAIL: [erlangen@dfg-vk.de](mailto:erlangen@dfg-vk.de)  
Internet: <http://www.fen-net.de/bfg/kdv/dfg-vk-er.html>



Der Erlanger OB Dr. Janik unterzeichnet 2017 das „Mutlanger Manifest“; links: DFG-VK-Gruppensprecher Manfred Diebold



Veranstaltung mit Theodor Ebert, Guido Grünewald und Thomas Rödl 2012 in Erlangen anlässlich des 120. Jubiläums der DFG-Gründung



Gratulation zum 100. Geburtstag des DFG-VK-Ehrenmitglieds Hugo Stößinger am 25.9.2000



Ostermarsch-Kundgebung in Erlangen 1985



Infostand in Erlangen im April 2017

# Whistleblower decken Unrecht auf

## Mit Flugblättern gegen Atomwaffen und illegale Rüstungs- und Giftstoffexporte

Von Hermann Theisen

Bereits seit vielen Jahren beschäftigen sich bundesdeutsche Gerichte mit sog. „Aufrufen zum Ungehorsam.“ Dabei werden Flugblätter als Protestmittel eingesetzt, um Bundeswehrsoldat\*innen bzw. Beschäftigte von Unternehmen dazu aufzufordern, die Öffentlichkeit über die Hintergründe der geplanten Atomwaffenmodernisierung auf dem Fliegerhorst Büchel bzw. die Hintergründe illegaler Exporte von Waffen und Giftstoffen zu informieren. Fast schon reflexhaft rufen solche Aktionen die Staatsanwaltschaften auf den Plan, die darin ein Vergehen wegen „Öffentlicher Aufforderung zu Straftaten“ gemäß § 111 Strafgesetzbuch (StGB) sehen, und nur allzu oft führen solche strafrechtlichen Ermittlungsverfahren zu Anklagen und Strafbefehlen sowie Flugblattverboten. Der Artikel soll aufzeigen, wie die Justiz in den vergangenen Jahren mit solchen Verfahren umgegangen ist, und einen Überblick über die laufenden Verfahren geben.

**Flugblätter gegen die geplante Atomwaffenmodernisierung in Büchel.** Am Atomwaffenlager Büchel wurden mehrfach Flugblätter verteilt, mit denen die Soldat\*innen aufgefordert wurden, die Öffentlichkeit über die geplante Modernisierung von Atomwaffen zu informieren. Zudem wurde eine Versammlung mit Flugblattverteilung angemeldet und wurden die Flugblätter per Post an Kommunalpolitiker\*innen versandt. In der Folge erteilte die Kreisverwaltung Cochem-Zell ein Flugblattverbot und ließ die Flugblätter beschlagnahmen. Die Verbandsgemeindeverwaltung Cochem ging gemeinsam mit der Polizeiinspektion Cochem sogar so weit, an Kommunalpolitiker\*innen gerichtete Briefe einzubehalten

und zu vernichten. Sämtliche behördlichen Maßnahmen wurden daraufhin vom Verwaltungsgericht Koblenz als rechtswidrig erklärt. Die Staatsanwaltschaft Koblenz leitete dennoch mehrere Strafverfahren ein und beantragte die Verhängung einer mehrmonatigen Haftstrafe. Nachdem das Landgericht Koblenz die Urteile des Amtsgerichts Cochem aufgehoben hatte, da der Inhalt der Flugblätter durch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sei, legte die Staatsanwaltschaft Koblenz zunächst Revision gegen den Freispruch ein, zog sie aber später wegen mangelnder Erfolgsaussichten wieder zurück.

**Flugblätter gegen illegale Waffenexporte von Heckler & Koch.** Am Firmensitz des Waffenherstellers H&K in Oberndorf wurden 2016 wiederholt Flugblätter verteilt, mit denen die Beschäftigten aufgefordert wurden, die Öffentlichkeit über die Hintergründe von illegalen Waffenexporten zu informieren. Zudem wurde eine Versammlung mit Flugblattverteilungen angemeldet und wurden die Flugblätter per Post an Kommunalpolitiker\*innen versandt. In der Folge erteilte das Landratsamt Rottweil ein Flugblattverbot und ließ die Flugblätter beschlagnahmen. Zudem weigerte sich die Behörde, Brief-Petitionen mit den Flugblättern an Mitglieder des Kreistags Rottweil weiterzuleiten. Das Verwaltungsgericht Freiburg erklärte daraufhin das Flugblattverbot und die Beschlagnahme als rechtswidrig und verpflichtete die Behörde, die Brief-Petitionen weiterzuleiten. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieser Rechtsfrage wurde Berufung zugelassen. Das Landratsamt Rottweil legte daraufhin über eine Freiburger Kanzlei Berufung ein, worüber nun der baden-württembergische Verwaltungs-

gerichtshof in Mannheim) entscheiden muss. Nach einer Strafanzeige von H&K leitete die Staatsanwaltschaft Rottweil ein Strafverfahren wegen der Flugblattverteilung ein, zog unmittelbar vor dem bereits anberaumten Verhandlungstermin ihre Klage mangels Erfolgsaussichten aber wieder zurück, nachdem sie den vor dem Landgericht Koblenz erstrittenen Freispruch wegen der Büchel-Flugblätter geprüft hatte. Danach beantragte die Staatsanwaltschaft Rottweil einen Strafbefehl wegen Hausfriedensbruch, der vom Amtsgericht Oberndorf zu einem Freispruch führte, da die von H&K beauftragte Freiburger Kanzlei falsche Angaben bei der Erstellung der Strafanzeige gemacht hatte.

**Flugblätter gegen illegale Waffenexporte von Krauss-Maffei Wegmann.** Am Firmensitz des Waffenherstellers Krauss-Maffei Wegmann in München wurden im vergangenen Mai Flugblätter verteilt, mit denen die Beschäftigten aufgefordert wurden, die Öffentlichkeit über die Hintergründe von illegalen Waffenexporten in Krisen- und Kriegsgebiete zu informieren. Zudem wurde eine Versammlung mit Flugblattverteilung angekündigt und wurden die Flugblätter per Post an Kommunalpolitiker\*innen versandt. Das Kreisverwaltungsreferat München erließ daraufhin ein Flugblattverbot, wogegen beim Verwaltungsgericht München Klage erhoben worden ist. Die Staatsanwaltschaft München I beantragte einen Strafbefehl über 50 Tagessätze wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten in Verbindung mit einer Aufforderung zum Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, worauf das Amtsgericht München im September zu einer Geldstrafe in Höhe von 55 Tagessätzen zu je 50 Euro verurteilte. Die Staatsanwalt-

schaft hatte 60 Tagessätze gefordert und hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. In der Begründung heißt es: „Im Rahmen der Strafzumessung wurde nicht ausreichend berücksichtigt, dass der Angeklagte bereits drei Mitarbeiter der Firma Krauss-Maffei entsprechende Flugblätter übergeben hatte und gerade einer vierten Person ein weiteres Flugblatt übergeben wollte. Des Weiteren wurde nicht ausreichend berücksichtigt, dass der Angeklagte zum Tatzeitpunkt über 70 Flugblätter bei sich trug und damit eine nicht unerhebliche Anzahl von Mitarbeitern der Firma Krauss-Maffei zu Straftaten auffordern wollte.“ Die Berufungsverhandlung vor dem Landgericht München I ist für den 16. Januar 2019 terminiert.

### Flugblätter gegen illegale Waffenexport der Rheinmetall AG.

Am Firmensitz des Waffenherstellers Rheinmetall in Unterlüß wurden im vergangenen Mai Flugblätter verteilt, mit denen die Beschäftigten aufgefordert wurden, die Öffentlichkeit über die Hintergründe von illegalen Waffenexporten in Krisen- und Kriegsgebiete zu informieren. Zudem wurde eine Versammlung mit Flugblattverteilung angekündigt und wurden die Flugblätter per Post an Kommunalpolitiker\*innen versandt. Die Kreisverwaltung Celle erließ daraufhin ein Flugblattverbot, wogegen beim Verwaltungsgericht Lüneburg Klage erhoben worden ist. Die Geschäftsführer der Rheinmetall-Tochterfirma „Waffe und Munition GmbH“ erstatteten Strafanzeige wegen der Flugblattverteilung und beauftragten einen Rechtsanwalt mit der Prüfung, ob zivilrechtliche Schritte gegen die Behauptung, in illegale Rüstungsexporte verstrickt zu sein, erfolversprechend sein könnten. Die Staatsanwaltschaft Lüneburg ließ die Briefe beschlagnahmen und erhob Anklage, worauf das Amtsgericht Celle am 20. November 2018 wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu je 60 Euro verurteilte. Die Staatsanwaltschaft hatte 80 Ta-

gessätze gefordert, weshalb sie Berufung gegen das Urteil eingelegt hat. Der von Rheinmetall beauftragte Rechtsanwalt gab seinerseits ein Rechtsgutachten bei der Kanzlei Herbert/Smith/Freehills in Auftrag, wonach er nach Prüfung des Gutachtens von zivilrechtlichen Schritten gegen die Flugblattverteilung abriet, da deren Ausgang wegen der hohen Bedeutung der in Artikel 5 grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit zu vage sei und ein solches Verfahren das Geschäftsgebaren von Rheinmetall nur erneut wieder in die Öffentlichkeit bringen würde. In dem Rechtsgutachten kommt die Kanzlei aber auch zu dem Ergebnis, dass die Verteilung der Flugblätter nicht strafbar sei, weil darin nicht ausreichend klar benannt werde, welche Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse denn veröffentlicht werden sollten. Zudem heißt es in dem Gutachten: „Würde man sie [die Flugblätter] vorliegend als konkret genug ansehen, wären diese Informationen nach großen Teilen der Rechtsprechung keine geschützten Unternehmensgeheimnisse. (...) An der Geheimhaltung derartiger Fakten kann nach weiten Teilen von Literatur und Rechtsprechung ein an Recht und Gesetz gebundenes Unternehmen kein berechtigtes Interesse haben.“

### Flugblätter gegen illegale Medikamentenexporte der VET Pharma Friesoythe.

Am Firmensitz des Pharmaunternehmens VET Pharma in Friesoythe wurden im Anfang September Flugblätter verteilt, mit denen die Beschäftigten aufgefordert wurden, die Öffentlichkeit über die Hintergründe von illegalen Medikamentenlieferungen zu informieren. Zudem wurde eine Versammlung mit Flugblattverteilung angekündigt und wurden die Flugblätter per Post an Kommunalpolitiker\*innen versandt. Die Stadtverwaltung Friesoythe erließ daraufhin ein Flugblattverbot, wogegen beim Verwaltungsgericht Oldenburg Klage erhoben worden ist. Das Phar-



Hermann Theisen (li.) mit seinem Anwalt Martin Heiming nach einem Freispruch vor dem Oberlandesgericht Koblenz

maunternehmen steht im Verdacht, im großen Stil Medikamente in die USA geliefert zu haben, die zum Einschlafen von Tieren verwendet werden können. Da der Verdacht besteht, dass diese Medikamente in US-amerikanischen Gefängnissen auch zur Hinrichtung von Häftlingen verwendet werden, unterliegt das Medikament den strengen Ausfuhrbestimmungen nach der EU-Folterkonvention. Die Staatsanwaltschaft Oldenburg hat ein Ermittlungsverfahren gegen das Unternehmen eingeleitet, und dabei kam es auch zu einer dortigen Hausdurchsuchung. Danach hat sie die weiteren Ermittlungen an das Zollfahndungsamt Hamburg abgegeben. Von dort kam im September eine überraschende E-Mail, in der es heißt: „Auf Umwegen haben wir Kenntnis von Ihrem ‚Aufruf zum ‚Whistleblowing‘ erfahren. Wir bitten Sie, sich unmittelbar mit uns in Verbindung zu setzen, sobald Ihnen eine Person bekannt ist, die möglicherweise sachdienliche Hinweise als Zeuge im Verfahren geben kann.“ Die Staatsanwaltschaft Oldenburg beantragte dennoch einen Strafbefehl, worüber das Amtsgericht Cloppenburg noch im Dezember verhandeln wird, und in dem es heißt: „Ihre Tat wäre auch dann nicht gerechtfertigt, wenn sich herausstellen sollte, dass Ihre Vorwürfe gegen die VET Pharma Friesoythe GmbH zutreffen sollten.“

*Hermann Theisen ist DFG-VK-Mitglied und wird wegen seines Friedensengagements seit Jahren immer wieder in juristische Verfahren verwickelt. Kontakt für Nachfragen und weitere Informationen zu den Verfahren: Hermann.Theisen@t-online.de* ☞

# Kampf gegen Atomwaffen auf allen Ebenen

## Die Widersprüchlichkeit in der Verfolgung von AtomwaffengegnerInnen nutzen

Von Marion Küpker

Die *Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA)* ist Mitgliedsorganisation in der DFG-VK und initiiert u.a. die internationale Vernetzung des Widerstandes gegen die Atombomben in Büchel. Während der 20-wöchigen Aktionspräsenz in Büchel gibt es seit einigen Jahren immer auch eine „Internationale Woche“, das nächste Mal vom 8. bis 18. Juli 2019. Nach wie vor verweigert es die deutsche Justiz, Gerichtsverfahren gegen ausländische AktivistInnen durchzuführen, die in den Atomwaffenstützpunkt eingedrungen sind. Das lassen sich AktivistInnen und die US-Geschwister-Organisation *Nukewatch* nicht weiter gefallen. Am 16. Januar 2019 findet vor dem Landgericht Koblenz die Berufungsverhandlung gegen einen deutschen Aktivist statt, zu dem ProzessbeobachterInnen auch aus Holland und aus den USA anreisen werden. Ziel der juristischen Auseinandersetzung ist letztlich die Erreichung eines höchstgerichtlichen Urteils des Bundesverfassungsgerichts oder auch des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, mit dem die Unvereinbarkeit der Stationierung amerikanischer Atomwaffen (und der deutschen „nationalen Teilhabe“) mit dem Völkerrecht festgestellt wird.

**D**er Hintergrund: In den Jahren 2017 und 2018 verschafften sich allein in den internationalen Wochen über 58 Mal AtomwaffengegnerInnen mit „Go-Ins“ als Aktionen des zivilen Ungehorsams Zutritt in den Atomwaffenstützpunkt Büchel. Am Sonntag, den 16. Juli 2017, dem *Internationalen Aktionstag der Indigenen gegen die atomare Kette*, organisierten holländische Catholic Workers eine Andacht, in der 60 WeltbürgerInnen Brot miteinander teilten. Anschließend öffneten über 30 Frie-

densbewegte das Absperrgitter und drangen durch das dahinterliegende Haupttor in den Luftwaffenstützpunkt ein.

Während einige nun ihr Brot mit den Soldaten teilten, legten andere Brot auf drei der Kampfflugzeuge ab. Symbolisch sollten diese Flieger „Brot statt Bomben“ an Menschen verteilen. Zwei US-amerikanische Nonnen, die direkt nach den Verbotvertrags-Verhandlungen der Vereinten Nationen von New York nach Büchel kamen, forderten den Kommandeur des Bun-

deswehr-Fliegerhorstes zu sprechen, um ihm den Verbotvertrag zu überreichen. Sie verlasen den Inhalt immer wieder laut gegenüber den Soldaten. Nachdem die Polizei angerückt war und die Personalien festgestellt hatte, wurden die Teilnehmenden wieder durch das Haupttor entlassen.

Am nächsten Morgen blockierte dieselbe Gruppe die Zufahrt der SoldatInnen, die zum Dienst kamen. Oberstleutnant Gregor Schlemmer als ranghöchster Offizier in Büchel kam erstmalig zu einer Blockade und nahm den Verbotvertrag nun persönlich von den beiden US-Nonnen entgegen.

Am selben Abend machte sich eine aus vier US-AmerikanerInnen und dem deutschen Aktivist Gerd Büntzly bestehende Gruppe auf, um die Atombombenbunker zu „inspizieren“. Ein Stunde verbrachten sie auf einem Bunker im Militärgelände, bis sie von Bewegungsmeldern erfasst wurden. Diese Aktion machte Schlagzeilen: Das Sicherheitskonzept des Atomwaffenlagers ähnele dem eines Vergnügungsparks, schallte es aus dem Bundestag. Das Sicherheitskonzept würde überarbeitet werden, und auch ein neuer Hochsicherheitszaun werde errichtet werden, behauptete das Militär. Die umliegende Bevölkerung reagierte in LeserInnenbriefen entsetzt auf den offensichtlich laxen Umgang mit Massenvernichtungswaffen.

Angeklagt wurde für diese vielen Aktionen internationaler AkteurInnen allein Gerd Büntzly, der am 16. Januar 2019 sein Berufungsverfahren in Koblenz haben wird.

**Go-Ins mit internationalen Gästen im Jahr 2018.** In diesem Jahr gelangten wieder 22 AktivistInnen durch die Zäune. Die internationale Woche startete mit einer neunköpfigen US-Grup-

pe, einer achtköpfigen Catholic-Workers-Delegation mit Aktiven aus Holland, Österreich und Großbritannien sowie jungen Menschen aus Italien, Spanien, Frankreich, Russland, Belgien des Mutlanger Jugend-Workcamps.

Unter den US-AmerikanerInnen befanden sich viele, die zu Hause gegen die Produktionsanlagen der neuen Atombomben vom Typ B61-12 protestieren, und drei, die bereits im Vorjahr in der Bücheler Militärbasis waren.

Die neue Atombombe soll auch für Büchel und für die Atomwaffenstützpunkte in Belgien, Holland, Italien und der Türkei produziert und frühestens ab 2024 in Europa stationiert werden.

Obwohl die Verantwortlichen nach der „skandalösen“ Go-In-Aktion im letzten Jahr das militärische Sicherheitskonzept überarbeiten wollten, schafften es allein am 15. Juli fünf international zusammengesetzte Gruppen unbemerkt in den Sicherheitsbereich. Von den insgesamt 18 Personen gelangten einige zur Landebahn und drei Aktive auf einen neu eingezäunten Atombunker.

Auch gelangte nur wenige Tage nach der internationalen Woche eine Gruppe von ChristInnen auf die Landebahn und verzögerte den Start eines „Tornado“-Flugzeuges. Sie hatten das Militär telefonisch über ihren „Aufenthalt im Inneren“ informiert. Auf der Landebahn hielten sie ein kleines Friedenskonzert ab. Und am Hiroshima-Gedenktag wagten sich zwei US-AmerikanerInnen erneut erfolgreich auf einen weiteren eingezäunten Atombunker. Die US-Amerikanerin Susan Crane schaffte es damit zum dritten Mal in nur zwei Jahren auf diese Bunker!

**US-AktivistInnen fordern Strafverfolgung nach Atombunkerbesetzung.** In den letzten 20 Jahren führten Go-In-Aktionen immer zu Anklagen und Verurteilungen wegen Hausfriedensbruchs, teilweise auch wegen Sachbeschädigung, wenn der Zaun durchschnitten wurde. Die Höhe



US-Nonnen dringen in den Fliegerhorst ein: Schwester Ardeth (mit Ican-Logo) und Carol (rechts davon)

der Geldstrafen für Nicht-Vorbestrafte belief sich auf maximal 40 Tagessätze, es gab aber auch Verfahrenseinstellungen. Auffällig ist allerdings: Die Staatsanwaltschaft weigerte sich im-

mer, Verfahren auch gegen (Mit-)AktivistInnen aus dem europäischen Ausland einzuleiten. Zwar gab es manchmal Ermittlungsverfahren, jedoch kam es nie zu einem Strafprozess. »

### Kirchliche Friedensbewegung bleibt in Büchel aktiv DFG-VK-Mitglied Margot Käbmann beim Aktionstag am 7. Juli mit dabei

Wie schon in diesem Jahr soll es auch 2019 am zweiten Jahrestag der Verabschiedung des Atomwaffenverbotsvertrages durch 122 Staaten, dem 7. Juli, einen Aktionstag am letzten deutschen Atomwaffenstützpunkt in Büchel geben. Dies teilte die Projektgruppe „Kirchen gegen Atomwaffen“, der ChristInnen aus mehreren evangelischen Landeskirchen sowie der katholischen Friedensbewegung Pax Christi angehören, mit. Mit dabei sein wird die frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und ehemalige hannoversche Landesbischofin Margot Käbmann, die auch Mitglied in der DFG-VK ist, nach Büchel kommen. Sie wird in der Andacht in Büchel predigen.

Am 7. Juli 2018 hatten mehr als 500 ChristInnen bei einem kirchlichen Aktionstag in Büchel ein deutliches Zeichen für eine atomwaffenfreie Welt gegeben. In seiner Predigt beim Auftaktgottesdienst hatte Renke Brahm, der Friedensbeauftragte des Rates der EKD, die Bundesregie-

rung nachdrücklich dazu aufgefordert, sich dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag anzuschließen und alles dafür zu tun, dass die letzten Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden.

Bei dem Aktionstag hatten viele der TeilnehmerInnen einen Aufruf an Bundeskanzlerin Angela Merkel unterzeichnet, in dem sie die Bundesregierung eindringlich aufforderten, einem weiteren atomaren Auf- und Nachrüsten Einhalt zu bieten, sich für die Abschaffung der Atomwaffen einzusetzen und den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen.

Die Projektgruppe „Kirchen gegen Atomwaffen“ hatte sich im Dezember 2017 auf Initiative des badischen Forums Friedensethik gebildet. Ihr gehören derzeit ChristInnen aus den Evangelischen Landeskirchen in Baden, Bayern, Hessen-Nassau, Kurhessen-Waldeck, der Pfalz, dem Rheinland und Württemberg an, ebenso nehmen Mitglieder der katholischen Friedensbewegung Pax Christi an den Treffen teil. »



US-AktivistInnen fordern nach Atombunkerbesetzung in diesem Juli Strafverfolgung von der Staatsanwaltschaft Koblenz

» Vor diesem Hintergrund protestierten nun im Juli 2018 Gerd Büntzly mit seinen US-MitstreiterInnen bei der Generalstaatsanwaltschaft in Koblenz: „US-AktivistInnen fordern Strafverfolgung nach Atombunkerbesetzung!“ Susan Crane (74 Jahre, aus Kalifornien) und John LaForge (62 Jahre, aus Wisconsin) übergaben dort gemeinsam mit Gerd Büntzly (68 Jahre) die Adressen der vier US-AktivistInnen. Nur Gerd Büntzly wurde aber im Januar 2018 vom Amts-

gericht Cochem erstinstanzlich zu 40 Tagessätzen verurteilt. Die Staatsanwaltschaft erklärte zu den US-„MittäterInnen“ lediglich mündlich, dass es wohl schwierig sein werde, sie postalisch zu erreichen, und sie daher nicht verfolgt werden könnten. Dazu gibt es aber eine rechtliche Verpflichtung! Gegenüber der Presse gab die Staatsanwaltschaft nun die Einstellung des Verfahrens gegen die US-AmerikanerInnen bekannt, eine schriftliche Bestätigung oder Mitteilung darüber gibt

es allerdings nicht. John LaForge sagte dazu: „Dreimal wurden unsere Personalien aufgenommen: vom US-Militär, der Bundeswehr selbst sowie von der örtlichen Polizei. Die US-Regierung bricht mit den Atombomben in Büchel genauso wie die deutsche Regierung den Atomwaffensperrvertrag, in dem sie sich verpflichtete haben, keinem Nicht-Atomwaffenstaat - wie es Deutschland ist - Atombomben zu überlassen!“ Und Susan Crane argumentierte weiter: „Wir alle haben diese Aktion mit dem Ziel gemacht, auch gerichtlich das internationale Recht hier zur Geltung kommen zu lassen. Die Staatsanwaltschaft scheint internationale Verwicklungen mit den USA hierüber zu scheuen. Deshalb übergeben wir nochmals persönlich heute die Adressen aller Beteiligten.“

Susan Crane, John LaForge, Bonnie Urfer und Stephen Baggerly verbrachten zusammengerechnet 19 Jahre in US-Gefängnissen für ihre dortigen gewaltfreien Proteste gegen US-Atomwaffen. Ihre Motivation und die internationale Gesetzeslage wollen sie auch vor deutschen Gerichten vortragen. Genau das scheint die deutsche Justiz nicht zu wollen.

**Berufungsverfahren am 16. Januar 2019.** Doch so schnell geben sich die US-MitstreiterInnen nicht geschlagen: Susan Crane und John LaForge werden am 16. Januar 2019 in Koblenz zu Gerds Büntzlys Berufungsverfahren anwesend sein. Ihr Ziel ist es, als Zeuginnen gehört zu werden, sofern ihr Verfahren tatsächlich eingestellt wurde.

Und ein weiterer Zeuge wird ein schottisches Urteil einbringen. Damit wurde erstmals das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes vom Juli 1996 in einem Gerichtsverfahren zur Kenntnis genommen und die Angeklagten 1999 auf dieser Grundlage freigesprochen.

*Marion Küpker ist aktiv bei der GAAA und internationale Koordinatorin der DFG-VK für die Abschaffung von Atomwaffen.* «

### Internationales Friedensbüro – mit knappen Mitteln sehr aktiv

Zum jährlichen Ratstreffen kam das IPB (International Peace Bureau) Ende November in Nikosia zusammen. Tagungsort war das Home for Cooperation, der einzige Ort in der entmilitarisierten Zone der geteilten Stadt, in der Nord- und Südypriten sich treffen können.

Das IPB befindet sich im zweiten Jahr der Umstrukturierung (Aufgabe des Zentralbüros; Organisierung der Tätigkeiten durch drei dezentrale Büros in Barcelona, Berlin und Genf zu günstigen Kosten) und ist trotz knapper Finanzmittel sehr aktiv. Aktionsschwerpunkte waren und sind die „Globale Kampagne gegen Militärausgaben“ jährlich im April/Mai, die maßgebliche Beteiligung an den internationalen Protesten gegen die Nato sowie die Anti-Atomwaffenarbeit. Hier hat das IPB eine langjährige Expertise in der Lobbyarbeit bei den Vereinten Nationen sowie den Konferenzen rund um den Nichtweiterverbreitungsvertrag (NPT); mit *Ican* gibt es eine gute Zusammenarbeit. In diesem Jahr nahm das IPB erstmals am Asia-Europe People's Forum (Paralleltreffen der Zivilgesellschaft zum alle zwei Jahre stattfindenden Asia-Europe Meeting Summit der Staaten) in Gent (Belgien) teil; es gelang, für den bisher unterbelichteten Themenbereich „Frieden und Sicherheit“ größere Aufmerksamkeit hervorzurufen. Zur Vorbereitung des nächsten Forumstreffen 2020 in



Asien wird das IPB 2019 einen Workshop zu diesem Thema in Berlin organisieren. Ein Jugendnetzwerk des IPB (IPBYN) ist im Aufbau; 2019 soll ein großes Jugendtreffen in Berlin stattfinden. Mit dem neu entstandenen *Global Net Against the Arms Trade* (Verbindung zur Aktion Aufschrei und anderen nationalen Anti-Rüstungsexportkampagnen) besteht eine Zusammenarbeit. Für 2021 ist in Barcelona ein zweiter Weltkongress geplant. Der erste Weltkongress 2016 in Berlin wurde nicht nur von vielen AktivistInnen besucht, sondern führte auch auf nationaler wie internationaler Ebene zu guten Kontakten zu einigen bedeutenden Gewerkschaften, was sich u.a. in der Unterstützung des Aufrufs „Abrüsten statt Aufrüsten“ zeigt. Mit einem Aufruf zur Verteidigung des INF-Vertrags, die als Anzeige im englischen Guardian erscheinen soll, versucht das IPB außerdem, eine europäische Protestbewegung in dieser Sache anzustoßen.

*Guido Grünwald, internationaler Sprecher der DFG-VK*

## „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

Vor 35 Jahren waren Hunderttausende Menschen für Frieden auf den Straßen. Es war die Zeit der großen Aktionen gegen die Stationierung von US-Atomraketen in Deutschland.

Manchmal bin ich froh, die Großdemonstrationen (ich bin Jahrgang 1986) nicht miterlebt zu haben – so trauere ich dieser Zeit der Massenmobilisierung weniger hinterher. Beindruckend finde ich die Aufnahmen der Proteste dennoch. Immer wieder sind auf den Film- und Fotoaufnahmen auch Fahnen unseres Verbands zu sehen – und ich grübele, ob ich die ein oder andere abgelichtete Person nicht kenne.

Natürlich wäre es schön, wieder so viele Leute auf die Straßen zu bekommen. Und die angekündigte Aufkündigung des INF-Vertrags durch US-Präsident Donald Trump – und die bereits seit Jahren laufende atomare Aufrüstung der USA und auch Russlands – wären dafür allemal ein guter Grund. Die Masse der Menschen in Deutschland (und weltweit) sieht das aber nicht so.

Zwar sind sicherheitspolitische Themen durchaus in den Medien, und laut Umfragen haben wir die Menschen bei fast all unseren Themen – egal, ob gegen Atomwaffen, Rüstungsexporte, Auslandseinsätze, Kampfdrohnen oder für zivile Konfliktlösung – auf unserer Seite. Gegen die aktuelle, aggressive und auf Eskalation ausgelegte Militärpolitik aufbegehren tun aber nur wenige. Es gibt aktuell – trotz zunehmender Drohungen – kein Bedrohungsgefühl bei den Menschen, und da die Wehrpflicht ausgesetzt ist, tangiert das Militär auch junge Menschen kaum (was natürlich gut ist – so sollen doch alle auch persönlich in „Frieden leben“).

Die Menschen haben ein „freundliches Desinteresse“ nicht nur an der Bundeswehr (wie ein ehemaliger Bundespräsident einmal bemerkte), sondern auch an kritischen Haltungen zu Krieg und Militär. Und auch wenn heutzutage (zu anderen Themen) einmal Massen mobilisiert werden, heißt das noch lange nicht, dass die regierenden Politikerinnen und Politiker darauf reagieren.

**Für uns gilt es**, einerseits die kritische Haltung in der Bevölkerung gegenüber vielen Militärthemen aufrecht zu erhalten, und andererseits diejenigen von unseren Positionen zu überzeugen, die Entscheidungen über unsere politischen Themen treffen können: Bei Ersterem sind wir schon sehr gut, bei Letzterem gibt es noch Nachholbedarf.

Das heißt mehr Lobbying und mehr Aktionen im „Divestment“-Bereich – denn wenn es um Geld geht, tut es vielen Unternehmen erst weh. So bearbeitet der deutsche Ableger der „International Campaign to Abolish Nuclear Weapons“ (Ican) seit einiger Zeit erfolgreich Banken, um sie von Investitionen in Atomwaffen abzubringen.

Die von uns mitgetragene „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ ist bereits sehr aktiv bei Hauptversammlungen von Rüstungsunternehmen.

Und das „Deutsche Bündnis Kindersoldaten“ trifft sich wiederum seit zwei Jahren immer wieder mit Politiker\*innen der SPD sowie Vertreter\*innen des Verteidigungsministeriums (was erwartbar nicht sonderlich erfolgreich, aber durchaus erkenntnisreich war) und des Auswärtigen Amtes, um sie davon zu überzeugen, keine Minderjährigen mehr in der Bundeswehr zuzulassen.

In dieser Kolumne berichtet Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.  
Kontakt: [svg@dfg-vk.de](mailto:svg@dfg-vk.de)



Was daneben heute gefragt ist, sind direkte politische Projekte: Früher hat unser Verband den Menschen mit dem Angebot der KDV-Beratung direkt geholfen – wir hatten einen direkten Nutzen für die Menschen. Heute leuchtet unsere Arbeit den Menschen nicht mehr so einfach als für sie oder die Gesellschaft „gut/gewinnbringend“ ein – auch wenn sie das natürlich ist.

Während im Hambacher Forst Bäume und Bagger besetzt werden, um direkt etwas gegen klimaschädliche Kohleverstromung zu tun, und Seenotretter\*innen Flüchtenden im Mittelmeer das Leben retten und sie in einen hoffentlich sicheren Hafen bringen, sind unsere Themen – sind Krieg und Militär – und unsere Aktionen dagegen oft zu abstrakt.

**Das sind nur Gedanken und Ideen**, aber wir sollten überlegen, „direktere“ Aktionen durchzuführen. Diese müssen zudem attraktiv „verkauft“, also gut medial aufgearbeitet sein. Wie wir das anstellen, darüber sollten wir in Zukunft diskutieren – und dazu würde auch der Platz für diese Kolumne wohl nicht reichen.

Wie und wo ich in den letzten Monaten aktiv war, könnt ihr online verfolgen – auf unserer Website sowie auf unserem Facebook- und Youtube-Account. Zudem berichte ich alle zwei Monate im DFG-VK-Newsletter über die neusten Aktivitäten im Verband. Falls ihr den noch nicht bekommt, meldet euch: [svg@dfg-vk.de](mailto:svg@dfg-vk.de) «

# Global betrachtet

## Die Kraft der Gewaltfreiheit und allerlei Waffengeschäfte

Von David Scheuing

In den vergangenen Monaten haben mich nicht ganz so viele direkte Nachrichten erreicht – ein Grund mehr, auch auf Entwicklungen zu schauen, über die ich hier schon das eine oder andere Mal berichtet habe oder auch sich wieder Themen bewusst zu werden, die uns international alle angehen: Gewaltfreiheit, Widerstand, Verknastung!

**Die Kraft der Gewaltfreiheit:** Bei unseren Freunden von *Peace News* ist ein schöner Aufsatz von Pat Gaffney erschienen, der für die katholische Kirche zu beantworten sucht, welche Wege sie in der Gewaltfreiheit gehen können. Der Artikel ist das Ergebnis von Reflektionen über Ansätze und Zugänge zur Gewaltfreiheit innerhalb der katholischen Tradition – kein einfaches Thema und auch keines, womit die katholische Kirche oft verbunden wird (2016-2018 Catholic Nonviolence Initiative von Pax Christi International). Da viele von uns in ihrer (täglichen) Friedensarbeit auch mit Vertreter\*innen von Kirchen zusammenarbeiten, sei uns für diese Zusammenkünfte dieser Artikel ans Herz gelegt, als Argumentation, aber auch als Versprechen innerkatholischer Friedensarbeit.

Bei dieser Initiative der Gewaltfreiheit in der katholischen Kirche waren mehr als 25 Vertreter\*innen aus 20 Staaten an einem partizipativen Austausch-, Klärungs- und Sammlungsprozess beteiligt – eine beeindruckende Breite katholischer Friedensarbeit.

Die Kernergebnisse der Arbeitsgruppe lassen sich im Groben so zusammenfassen: Es bedarf einer katholischen Laien- wie professionellen Friedensarbeit, gar einer „Friedensarmee“ (auch wenn ich den Begriff äußerst schwierig finde!), Unterstützungsarbeit für Verweigerer\*innen,

eine Erzdiözese für gewaltfreie Friedenskräfte, kirchliches Divestment von allen Profiten aus Waffenproduktionen und Forschung und Praxis gewaltfreier sozialer Verteidigung in nationalen und internationalen Settings.

Da Kirchenvertreter\*innen oftmals als verbindende Kräfte (nach der Analyse der DoNoHarm-Ansätze), als auch als Netzwerkkräfte sowohl lokal als auch in globalen Institutionen sind, sei ihre Rolle nicht zu unterschätzen. Erika Chenoweth betonte, dass die aktive Teilnahme von religiösen Akteuren an Graswurzelbewegungen einen tiefgreifenden Effekt eben auf die gläubigen Aktiven haben könne. Hier sei auf die moralische Leitgröße, die spirituelle Unterstützung, aber auch Trauerbegleitarbeit und Trainingsraumangebote hingewiesen.

Die Teilnehmenden erarbeiteten auch Kritik an kirchlicher Praxis: „Die Kirche ist allzuoft durch ihre Stille markiert. Dort, wo sie spricht, ist ihre Nähe zu politischen und ökonomischen Mächten in der Gesellschaft oft spürbar“, hielt ein Teilnehmender fest. Auch Missbrauch in seinen vielen Formen innerhalb der Kirche wurde thematisiert und zum notwendigen ersten Ansatzpunkt innerkirchlicher Friedens- und Versöhnungsarbeit bestimmt.

Kurz: Neben institutioneller Förderung und bestimmterem Eintreten für friedliche Praktiken forderten die Teilnehmenden auch die allgemeinen Glieder ihrer Kirche auf, Gewalt in jeder Form aktiv zu begegnen. Ganz gemäß dem Bonmot eines Vordenkers der kritischen protestantischen Kirche: dem Rad in die Speichen fallen.

Die Ergebnisse bringt die Initiative für Gewaltfreiheit in der katholischen Kirche international ein – auch auf Ebene des Vatikan, mit all den Mühlen, die hier mahlen! Es bleibt ein Auf-

ruf, uns zu beteiligen und all unsere Mitstreiter\*innen in den Kirchen mit diesen Ergebnissen zu konfrontieren. Der ganze Artikel findet sich hier: <https://peacenews.info/node/9170/power-nonviolence>

**Rüstungsmessen, Rüstungsdeals, Globale Profite:** War Resisters' International (WRI) und Campaign Against Arms Trade (CAAT) rufen jetzt schon zu Vorbereitungen gegen die DSEI in London im September 2019 auf. Diese Messe ist eine der größten Verkaufsmessen für Rüstungsgüter und findet alle zwei Jahre mitten in London statt. Für diese Anlässe werden schon auch mal Kampfboote bis mitten in die Stadt hineingefahren. Bei der letzten DSEI im Herbst 2017 gelang es einigen Aktivist\*innen sogar, einige der Eingänge für einige Zeit zu blockieren und damit die Messe zu verzögern. Es wäre spannend zu sehen, ob sich diese Messe – ähnlich wie die Itec – auch verdrängen lässt. Es gibt für die Mobilisierung auch einen Film von CAAT, der verbreitet werden könnte (siehe: [caat.org.uk](http://caat.org.uk)). Beteiligt euch daran!

Apropos Messe Itec: Nach dem erfolgreichen Protest in Stuttgart in diesem Jahr, findet die Itec kommendes Frühjahr in Stockholm statt. Ein erster Kontakt zu lokalen Aktivist\*innen fand schon statt – ich rufe hier aber alle auf, ihre schwedischen Kontakte zu nutzen und Aufmerksamkeit zu schaffen für diese Waffenmesse. Auf dass sie nirgendwo mehr ein Zuhause finden! Die Pazifist\*innen allein sind vielleicht nicht genügend Menschen – aber ein bunter und breiter Protest muss vorangetragen werden!

Währenddessen gehen die Geschäfte mit dem Tod weltweit weiter. Einige besonders frappierende Ereignisse der jüngeren Vergangenheit: Im

September 2018 war Rodrigo Duterte, berüchtigter Präsident der Philippinen, in Israel auf Staatsbesuch. Aber nicht nur die Lage der Philippiner\*innen im Lande war für ihn von besonderer Bedeutung, sondern auch die Möglichkeit, Waffen zu kaufen. Die Tradition des Exports israelischer Waffen in den asiatischen Raum ist ungebrochen, in Dutertes Umbau der Armeestrukturen und in der massiven Aufrüstung der Polizei für seinen tödlichen Gang- und Drogenkrieg lässt sich dies wunderbar fortsetzen. Mehr dazu hier: <https://www.wri-irg.org/en/story/2018/philippines-president-visits-israel-buy-arms>

Australien hat sich derweil einen handfesten Skandal ins Haus geholt. Wohl auf Druck des Waffenherstellers Thales strich der oberste Staatsanwalt Australiens aus einem Gutachten des Rechnungshofes einige Absätze über alternative Beschaffungsmöglichkeiten für gepanzerte Fahrzeuge, da Australien wohl mehr als das Doppelte als nötig an Thales zahlte. Obwohl nach Angaben des Verfassers des Berichtes, einem ehemaligen Mitarbeiter des Kriegsministeriums in Australien, keine „nationalen Sicherheitsinteressen“ Australiens vom Bericht betroffen waren, schützte der Staatsanwalt höchstamtlich das „geschäftliche Interesse“ von Thales. So weit reicht der Arm der Waffenindustrie: <https://www.wri-irg.org/en/story/2018/australia-government-accused-overspending-thales-built-vehicles>

**Widerstand und Verknastung:** Derweil sind wieder Menschen von staatlichen Behörden für ihre Verweigerung verknastet und verurteilt worden. Wer zum internationalen Tag der Gefangenen für den Frieden (Prisoners for Peace) am 1. Dezember noch keine Briefe geschrieben hat, mag das nun vielleicht für einen der hier berichteten Fälle tun:

In Israel ist Hilel Garmi nun schon zum fünften Mal in Haft. Mehrere Organisationen, darunter WRI und Connection e.V., haben dagegen Protest eingelegt. Mehr dazu: <https://de.connection-ev.org/article:israel-kriegsdienstverweigerer-hilel-garmi-zum-5-mal-in-haft>

[de.connection-ev.org/article:israel-kriegsdienstverweigerer-hilel-garmi-zum-5-mal-in-haft](https://de.connection-ev.org/article:israel-kriegsdienstverweigerer-hilel-garmi-zum-5-mal-in-haft)

In Aserbaidschan sind 2018 nun schon zum zweiten Mal KDVer\*innen verurteilt worden. Vahid Abilov erhielt eine einjährige Gefängnisstrafe auf Bewährung. Er wird Berufung einlegen. In beiden Fällen traf dies Zeugen Jehovas, die ihr Recht auf KDV aus ihren religiösen Überzeugungen geltend machen. Gleichzeitig kommen Bemühungen um ein aserbaidchanisches Gesetz zur Legalisierung von KDV nicht voran. Mehr Infos bei Connection e.V.: <https://de.connection-ev.org/article-2719>

Nachdem in der Ukraine die Wehrpflicht wieder eingeführt worden ist, steht aus internationaler Sicht die diesjährige Einberufung besonders zu beobachten: 2017 kam es zu mehreren skandalösen Razzien in Diskotheken und andere Freizeiteinrichtungen, um „Ausweichler“ zu finden. Da das Recht auf Verweigerung auf Angehörige bestimmter Religionsgruppen begrenzt ist, müssen alle anderen auf Taktiken der illegalisierten Verweigerung zurückgreifen. Mehr Infos: <https://de.connection-ev.org/article-2707>

Wie vor einigen Monaten berichtet, geht auch die Verfolgung in Turkmenistan weiter voran. Connection e.V. hat herausgefunden, dass inzwischen schon der zehnte Verweigerer in diesem Jahr in Haft ist. Alle zehn gehören den Zeugen Jehovas an. Neun von ihnen haben eine einjährige Haftstrafe zu verbüßen, einer eine zweijährige Haftstrafe. Nachdem in den letzten Jahren verstärkt auf Zwangsarbeit gesetzt wurde, ist 2018 die Verknastung der Verweigerer wieder stärker in den Fokus gerückt. Nach Druck durch die UN hat die turkmenische Regierung sowohl die Sicherstellung menschenwürdiger Behandlung der Gefangenen als auch die Etablierung eines Ersatzdienstes abgelehnt. Mehr zu diesen Fällen: <https://de.connection-ev.org/article-2717>

In Italien ist der Turi Vaccaro zu einer knapp zwölfmonatigen Haftstrafe verurteilt worden wegen seiner Teil-

David Scheuing ist Vertreter der DFG-VK bei der War Resisters' International (WRI), dem internationalen Dachverband der DFG-VK mit Sektionen in weltweit 45 Ländern, gewählt. An dieser Stelle berichtet er regelmäßig in der *CivilCourage* aus der WRI, um den LeserInnen das globale Engagement von KriegsgegnerInnen sichtbar zu machen. Das sind keine tieferen Analysen, sondern kleine kursorische Überblicke und Nachrichten; es geht dabei nicht um Vollständigkeit, vielmehr um Illustration. Ideen und Vorschläge für kommende Ausgaben sind erwünscht. Der Autor ist per E-Mail erreichbar unter [scheuing@dfg-vk.de](mailto:scheuing@dfg-vk.de)



nahme an einer gewaltfreien Aktion gegen das US-Drohnen-Lenk-System Muos auf Sizilien. Er wurde in diesem Sommer festgenommen, aber das Verfahren war seit 2014 anhängig, wo er auf das Gelände von Muos vorgedrungen war, um ein Plakat mit der Aufschrift „Schwerter zu Pflugscharen“ aufzuhängen und spezielle Kommunikationsvorrichtungen zu beschädigen. Auch 2015 gelangte er auf das Gelände und konnte die Anlage beschädigen, um der Drohnenkriegsführung einen Stein ins Getriebe zu werfen. Mehr dazu: <https://peacenews.info/node/9152/one-year-prison-italian-direct-actionist>

Bis heute hat sich die Schweiz nie bei den rund 12000 über die Jahre inhaftierten und verfolgten Kriegsdienstverweigerer\*innen entschuldigt oder diese rehabilitiert. Ganz im Gegenteil sind viele Politiker\*innen der Schweizer Rechten und Freiheitlichen bis heute davon überzeugt, dass eine Verurteilung von den damaligen Aktivist\*innen im vollen Bewusstsein der Konsequenzen in Kauf genommen worden sei und nach dem damaligen Recht gültige Verurteilungen waren. Daher sei an eine Entschädigung oder Rehabilitation überhaupt nicht >>>

» zu denken. Der lesenswerte Artikel zur bis heute ausbleibenden Rehabilitierung der Schweizer Kriegsdienstverweigerer\*innen findet sich auf: <https://www.infosperber.ch/Artikel/FreiheitRecht/Militarverweigerer-Hochs-zeit-fur-Rehabilitierung>

Mehr inhaftierte Menschen, die sich über Post freuen: <https://www.wri-irg.org/en/inprison>

**Proteste gegen BNP Paribas:** Am internationalen Tag zur vollständigen Abschaffung der Atomwaffen – 26. September – traten belgische, niederländische, französische, US-amerikanische, spanische, neuseeländische und deutsche Aktivist\*innen gegen die BNP Paribas in Aktion. BNP Paribas investiert ca. 9 Milliarden Dollar in die Aufrechterhaltung und Erneuerung von Atomwaffen weltweit. Selbst die Deutsche Bank investierte zuletzt weniger („nur“ 7 Milliarden Dollar).

An diesem internationalen Aktionstag erschien auch eine neue Studie der belgischen Koalition gegen Atomwaffen und zweier weiterer Gruppen, die die Beteiligung belgischer Banken an weltweiten Atomwaffen aufdeckte. Hier zum Report: <https://nonukes.be/nouveau-rapport-les-banques-actives-en-belgique-investissent-plus-de-17-milliards-de-dollars-dans-les-20-plus-grandes-societes-darment-nucleaire/>

Mehr zu den Aktionen: <https://www.icanw.de/action/protest-gegen-atomwaffengeschaefte-von-bnp-paribas/> und <https://www.wri-irg.org/en/story/2018/belgium-activists-demand-bnp-paribas-divest-nuclear-weapons>

Französische Aktivist\*innen führten auch einen großen Aktionstag am 14. Oktober gegen die Modernisierung und Erneuerung der an Land und auf See stationierten Atomwaffen im Lande. Obwohl derzeit fast drei Viertel der französischen Bevölkerung einen Beitritt Frankreichs zum Abrüstungsvertrag wünschen, wirkt dies in weiter Ferne wie nie. Der Aktionstag mit neun verschiedenen Protestmärschen und Demonstrationen sollte

Aufmerksamkeit für das weit verteilte Atomwaffenarsenal des französischen Staates schaffen. Mehr zum Aktionstag und dem Bündnis dahinter: <https://www.mvtpaix.org/wordpress/>

### Kurz notiert

**Brasilien nach der Wahl.** Nach der Wahl von Bolsonaro zum neuen Präsidenten und seiner Glorifizierung der Militärjunta muss die Situation als angespannt bezeichnet werden. Da jüngere Vergangenheit zu den grausamsten Episoden militärischer Herrschaft im 20. Jahrhundert gehört, müssen wir auch jetzt brasilianische Aktivist\*innen unterstützen, die Situation beobachten und die Rechte von Kriegsdienstverweigerer\*innen betonen und einfordern.

**Bericht zu Drohnenindustrie weltweit.** Wenig radikal in seinen politischen Forderungen, aber drastisch in der Schilderung der rapide wachsenden und nahezu unkontrollierten Drohnenindustrie weltweit lege ich allen den Bericht zu „Unmanned ambitions“ der niederländischen Organisation Pax ans Herz. Von den ca 450 Drohnenherstellern weltweit sind nach den Angaben des Reports mehr als zwei Drittel an der Herstellung von Militärdrohnen beteiligt. Der Bericht betont die neuen Herausforderungen durch einen wild wachsenden Drohnenmarkt, der die weltweite Eskalationsdynamiken zu kriegerischen Handlungen noch beschleunigen kann. Die deutschen Diskussionen um die Notwendigkeit der Anschaffung einer Kampfdrohne sind da nur eine unter vielen Projekten weltweit, passen sich aber nahtlos ein. Der Bericht hier verfügbar: <https://www.paxforpeace.nl/publications/all-publications/unmanned-ambitions>

**Armenien.** Auch nach der Wahl des neuen Premierministers, der sich selbst mittels einer gewaltfreien Revolution ins Amt brachte, hat sich die Situation von Kriegsdienstverweigerer\*innen und Deserteuren nicht fun-

damental verbessert. Desertionen in Nagorny-Karabach werden weiterhin hart verfolgt, und die Militarisierung des Konfliktes um das Enklavengebiet scheint sich nicht wirklich zu verringern. Auch eine gewaltfreie Revolution spült nicht notwendigerweise Pazifisten ins Amt: <https://de.connection-ev.org/article-2731>

**USA.** Nachdem die nationale Kommission über den Militärdienst ihre Anhörungen beendet hat, steht jetzt die Empfehlungsphase an. Die Informationen, die dazu erhältlich sind, sind durch die unermüdliche Arbeit von Edward Hasbrouck zugänglich. Der Zwischenreport soll im Januar 2019 erscheinen.

Bislang scheinen die Eingaben von Gegner\*innen von Zwangsdiensten und Kriegsdienst im Speziellen in der Mehrheit zu sein, eine ähnliche Mobilisierung der Befürworter\*innen hat Hasbrouck bislang nicht beobachten können. Welche Auswirkungen dies auf die Kommissionsaushandlungen haben wird, muss beobachtet werden. Die endgültige Empfehlung der Kommission steht für 2020 an. Mehr: <https://www.antiwar.com/blog/2018/11/06/national-commission-on-military-service-to-release-interim-report-in-january/>

**UK/London.** In der letzten Ausgabe berichtete ich vom Widerstand gegen die Londoner Museen und ihre Praxis, Waffenhändlern ein Parkett für Veranstaltungen zu bieten. Einige der Künstler\*innen haben in Südlondon eine eigene Ausstellung ins Leben gerufen unter dem Titel „From Nope to Hope: Art vs Arms, Oil and Injustice“ (<https://nopetoarms.org/>). Auf den (auch internationalen) Druck hin hat das Design-Museum inzwischen eine Überprüfung seiner Regeln für die Vergabe von privaten Events angekündigt und für die Zwischenzeit ein Moratorium für alle Veranstaltungen mit Repräsentant\*innen aus den Bereichen Verteidigung, fossile Energieträger und Tabak erlassen. Mehr dazu bei CAAT: [www.caat.org.uk](http://www.caat.org.uk) «

## 70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Ein Standard, hinter den es kein Zurück mehr geben kann

Von Werner Glenewinkel

Am 10. Dezember 1948 verkündete die Generalversammlung der Vereinten Nationen (United Nations; UN) in Paris die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR; der vollständige Text auf Deutsch ist hier zu finden: [www.menschenrechtserklaerung.de](http://www.menschenrechtserklaerung.de)). 43 Gründerstaaten haben diese unterschrieben; es gab acht Enthaltungen und keine Gegenstimme. Ihr Inhalt betrifft die klassischen Menschenrechte, die die individuelle Freiheitssphäre gegen Eingriffe des Staates schützen sollen. Noch ist die AEMR kein rechtsverbindlicher Akt, schafft also keine durchsetzbaren Ansprüche. Aber dieses weltweite Grundgesetz hat große völker-moralische Bedeutung.

Nach den verheerenden Folgen des Zweiten Weltkriegs sehen die UN das Wesentliche darin, „die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechts zu schützen, damit der Mensch nicht zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung als letztem Mittel gezwungen wird.“ (Präambel 3. Absatz). Deshalb entwirft diese Erklärung die Vision einer anderen Welt und nennt „das höchste Bestreben der Menschheit (...) die Schaffung einer Welt, in der den Menschen, frei von Furcht und Not, Rede- und Glaubensfreiheit zuteil wird.“ (Präambel 2. Absatz). Ab jetzt verfügt die Welt über Standards, die den Rahmen für Auseinandersetzungen um die Umsetzung dieser Rechte bilden.

**Angesichts der weltweiten massiven Missachtung jedweder Menschenrechte** vor allem im Zweiten Weltkrieg beschloss die UN-Menschenrechts-Kommission bereits 1946, einen internationalen Menschenrechts-Kodex zu schaffen. Angesichts des sich verschärfenden



Gegen das Vergessen

Ost-West-Gegensatzes wurde leider auch klar, dass ein verbindlicher völkerrechtlicher Vertrag in der Welt keine Mehrheit finden würde. Die mit dieser Aufgabe betraute Fachkommission schlug deshalb eine rechtlich unverbindliche Erklärung vor.

Die Konstruktion der Erklärung ruht auf zwei Säulen: Einerseits sind es die individuellen Rechten und Pflichten jedes Menschen. Entsprechend Art. 1 sind alle Menschen frei und gleich an Würde geboren und mit Vernunft und Gewissen begabt. Jeder Mensch hat außerdem nach Art. 29 Pflichten gegenüber der Gemeinschaft. Andererseits haben die Staaten die Verpflichtung, die Rahmenbedingungen für eine soziale und internationale Ordnung zu schaffen (Art. 28) und so zu gewährleisten, dass jeder Mensch in den Genuss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte gelangen kann (Art. 22).

Auf diesen beiden Säulen ruhen die in der Erklärung allen Menschen zugestandenen Rechte auf Freiheit, Gleichheit und sozialen Fortschritt. Gleich-

wohl war der Kommission klar, dass die Universalität der Menschenrechte – also der Anspruch, allen Menschen ungeachtet ihrer kulturellen, sozialen, historischen und politischen Herkunft – diese Rechte zuzugestehen, nicht unumstritten bleiben würde. Deshalb enthält Art. 30 der Erklärung eine vorsorgliche Auslegungsregel: Keine Bestimmung darf so ausgelegt werden, dass sie die gewährten Rechte und Pflichten zerstören würde.

**Seitdem sind 70 Jahre vergangen.** Heribert Prantl erinnerte dieser Tage an den 10. Dezember als einen ganz besonderen Tag und fragt: „Was wäre, wenn die AEMR heute zur Abstimmung stünde? Welche Staaten wären heute unsichere Kantonisten?“ Amnesty International gratuliert mit einer eigens dafür gestalteten Text-Ausgabe der AEMR (kostenlos erhältlich über [www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)).

**Die AEMR verhalf den Menschenrechten zu einem Standard,** hinter den es kein Zurück mehr geben kann-»

te. Sie wurde zum Ausgangspunkt für weitere – in vielen Fällen völkerrechtlich verbindliche – Normsetzungen, die sogenannte zweite Generation von Menschenrechten.

Besonders bedeutsam sind der „Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ – kurz „Sozialpakt“ – von 1966. Er ist seit 1976 in Kraft; mittlerweile sind ihm 162 Staaten beigetreten (nicht ratifiziert von den USA).

Sodann der „Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ – kurz Zivilpakt – ebenfalls von 1966, zur Zeit unterzeichnet von 168 Staaten (aber nicht ratifiziert u.a. von China). Beide Pakte sind ein großer Schritt auf dem Weg, das einzulösen, was der Art. 25 der AEMR bereits versprochen hatte: Nämlich ein Recht auf „Wohlfahrt“, d.h. einen „Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden (...) gewährleistet.“ Dazu das „Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Verwitwung, Alter oder von anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.“

Zu den weiteren Konventionen gehören u.a. die Frauenrechts-Konvention von 1979, die Antifolter-Konvention von 1984, die Kinderrechts-Konvention von 1989 sowie die Behinderten-Konvention von 2006.

Zusätzlich zu den klassischen Freiheitsrechten des Zivil- und Sozialpaktes entwickelte sich das Recht auf eine saubere Umwelt (2010 wird das Recht auf Wasser von der UN zum Menschenrecht erklärt) und das Recht auf Entwicklung (1986, Inhalt und Bedeutung sind noch umstritten) – gewissermaßen die dritte Generation von Menschenrechten. Damit beginnt auch der Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung. Über die Notwendigkeit, diesen Weg konsequent fortzuführen, besteht weltweit zunehmend Einigkeit.

Darüber hinaus wird bereits eine vierte Generation von Menschenrechten diskutiert, nämlich „das Recht auf demokratische Governance und demokratische Inklusion.“

**Papier ist geduldig**, und vielen Menschenrechten fehlt es (fast) immer an Durchsetzungskraft. Besonders offensichtlich wird das in folgenden Situationen:

- Im Krieg sind die Menschenrechte immer und ausschließlich Verlierer. Ein deutlicher Beleg dafür ist das – selbst in Friedenszeiten selten bedingungslos gewährte – Recht auf Kriegsdienstverweigerung (KDV). Connection e.V. arbeitet international für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Kriegsgebieten und bricht in vielen Fällen ein politisch gewolltes Schweigen.

- Angesichts der bis heute noch nicht sicher beherrschbaren Atomtechnologie, der weltweit nicht geklärten Atommüllentsorgung und der Gefahren der militärischen Nutzung der Atomenergie (ungeachtet der Gefahren, die sich aus der angekündigten Kündigung des Vertrags über nukleare Mittelstreckensystem von 1988 (INF) durch die USA ergeben können) sind die Menschenrechte in Gefahr, besonders schwer verletzt zu werden.

- Schließlich stehen die Menschenrechte im Ringen mit den Interessen der neoliberalen Akteure im Kapitalismus zu oft auf verlorenem Posten. Das gilt besonders dann, wenn autoritäre Regime beteiligt sind.

Im Oktober 2018 boten die jeweiligen politischen Akteure im Fall Khashoggi ein anschauliches Beispiel für die vielfältigen und sich oftmals widersprechenden Interessenebenen zu der Frage:

Deutschland liefert seit Jahren Waffen an Saudi-Arabien. Der Krieg im Jemen und die Beteiligung Saudi-Arabiens an diesem Krieg waren kein Grund für einen Waffenstopp und selten eine Schlagzeile wert.

Gleichzeitig warnt das UN-Kinderhilfswerk Unicef vor einer bald unvermeidbaren Hungerkatastrophe im Jemen. 1,8 Millionen Kinder leiden Hunger; für 400.000 Kinder unter fünf Jahren ist der Hunger lebensbedrohlich; etwa die Hälfte der Bevölkerung – das sind ca. 14 Millionen Menschen – braucht dringende Hilfe, um nicht von

der Hungersnot betroffen zu werden. Jetzt stoppt Deutschland die Waffenexporte nach Saudi-Arabien wegen der Ermordung des Journalisten Khashoggi.

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als gelte ungeachtet aller Menschenrechts-Standards die Regel: Profit vor Menschenrechte. Was nützt der beste Standard, wenn er nicht wirksam durchgesetzt werden kann?

Auf den zweiten Blick wird deutlich, dass auch „weiche“ Standards und Regeln nicht wirkungslos bleiben. Wenn man sich die geltenden Standards für einen Moment hinwegdenkt, merkt man sehr schnell, dass die Arbeit aller Menschenrechts-Verteidiger in der Luft hänge. Die Regeln und Standards helfen dabei, den Missbrauch und die Missachtung von Menschenrechten öffentlich zu benennen. Die Methode des öffentlichen „blaming and shaming“ hat im Fall Khashoggi gegenüber Saudi-Arabien eine deutliche Wirkung gezeigt.

Schließlich gibt es immer wieder die Chance, angesichts sich verändernder Verhältnisse neue Versuche zur Gestaltung von Regeln und Standards zu wagen.

Bei der Frage „Menschenrechte vor Profit?“ gibt es eine interessante Entwicklung: Der Menschenrechtsrat hat 2011 die „UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ verabschiedet. Sie enthalten drei Verpflichtungen: „to protect, respect and remedy“. Konkret: Die Staaten müssen Menschen vor wirtschaftsbezogenen Verstößen schützen; Unternehmen haben die Verantwortung, die Menschenrechte zu achten; durch effektive Rechtsmittel müssen Ahndung und Wiedergutmachung ermöglicht werden.

**Wo** – nach all dem, was geschehen ist – **beginnen die universellen Menschenrechte?** Diese Frage stellte Eleanor Roosevelt als Vorsitzende der Menschenrechts-Kommission. Eine Frage, die auch nach 70 Jahren noch ihre Berechtigung hat angesichts der ständigen Verletzung von Menschen-

rechten – Verletzung durch fehlende Umsetzung, wegen fehlender Sanktionsmöglichkeiten, wegen der dominanten ökonomischen Interessen oder wegen der Lebensverhältnisse, die die Wahrung der Menschenrechte unmöglich machen.

Die Antwort, die Roosevelt selbst gab, ist bemerkenswert: Die Menschenrechte beginnen „an den kleinen Orten, nahe dem eigenen Zuhause. So nah und so klein, dass diese Orte auf keiner Weltkarte zu finden sind. (...) Das sind die Orte, wo jeder Mann, jede Frau und jedes Kind gleiche Rechte, gleiche Chancen und gleiche Würde ohne Diskriminierung sucht. Wenn diese Rechte hier nicht gelten, gelten sie nirgendwo.“

Diese Antwort verhilft den Menschenrechten, die Alltagsebene zu finden. Wir, die Adressaten, haben Anspruch auf diese Rechte, es sind unsere Grundrechte; damit übergeben sie uns zugleich eine Verpflichtung, nämlich sich mit ihnen vertraut zu machen und – ungeachtet aller gesetzlichen Durchsetzungsmechanismen – sie für sich selbst zu fördern und für unseren Nächsten zu verteidigen.

Vor 21 Jahren, am 2. Oktober 1997 wurde eine „Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten“ den UN und der Weltöffentlichkeit zur Diskussion vorgelegt. Die 19 Artikel wollen verdeutlichen, dass die Förderung der Menschenrechte auch von uns selbst, also der Bereitschaft von Männern und Frauen, gerecht zu handeln, abhängt.

In fünf Abschnitten – fundamentale Prinzipien für Humanität, Gewaltlosigkeit und Achtung vor dem Leben, Gerechtigkeit und Solidarität, Wahrhaftigkeit und Toleranz, gegenseitige Achtung und Partnerschaft – versucht die Erklärung, die schwierige und notwendige Balance zwischen den strukturellen Rahmenbedingungen und der Verantwortung jedes Individuums in Worte zu fassen. Die Verwirklichung der Menschenrechte ist eben nicht allein mit Gesetzen, Vorschriften und Konventionen zu erreichen.

Mit anderen Worten: Die Herrschaft des Rechts ist eine notwendige

Bedingung für den Schutz der Menschenrechte; hinreichend wird sie erst dann, wenn auch die Menschen – persönlich und als Gesellschaften – ihren Teil dazu beitragen.

**Im September 2015** haben 193 Staaten der Erde einstimmig eine Agenda 2030 beschlossen. 17 nachhaltige Entwicklungsziele sollen bis 2030 eine nachhaltige Entwicklung in wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fragen befördern (*Näheres dazu unter: <https://www.bmu.de/themen/nachhaltigkeit-internationales/nachhaltige-entwicklung/2030-agenda/>*). Das ist eine echte Herausforderung.

Es geht um eine Transformation der Welt zum Besseren zugunsten der nachfolgenden Generationen. Dies wird nur gelingen, wenn sie auf allen Ebenen angenommen wird – gerade auch auf der kommunalen.

Ein ermutigendes Beispiel: Der Rat der Stadt Bielefeld hat sich 2015 der Erklärung des Deutschen Städtetages zur Agenda 2030 angeschlossen und sich damit zu einer entsprechenden verantwortlichen Kommunalpolitik samt einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit verpflichtet. Das Eine-Welt-Haus Bielefeld hat mit Hilfe vieler Unterstützer den „Global Goals Radweg“ rund um Bielefeld angelegt. Die globalen Entwicklungszielen zum Anfassen.

Ein Grund mehr, den Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2018 als Chance zu feiern und der AEMR eine lange und gute Zukunft zu wünschen. 2048 wären es dann 100 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

*Werner Glenewinkel ist DFG-VK-Mitglied und war bis zu ihrer Auflösung nach Aussetzung der Wehrpflicht Vorsitzender der Zentralstelle KDV. Der AEMR zum 70. zu gratulieren heißt, an unsere Menschenrechte zu erinnern. Postkarten gegen das Vergessen sind im Format DIN-A6 oder als A5-Doppelkarte zu beziehen über Werner Glenewinkel ([werner.glenewinkel@t-online.de](mailto:werner.glenewinkel@t-online.de)) oder über Sabine Maßbiny-Maass ([massiny-maass@web.de](mailto:massiny-maass@web.de)). <<*

## Impressum

Die *ZivilCourage* erscheint 2018 im 45. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die *Courage* und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die *Zivil*. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die *ZivilCourage*.

**Redaktionsanschrift:** ZivilCourage – das DFG-VK-Magazin, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, Telefon 0711-51 89 26 20, E-Mail [zc@dfg-vk.de](mailto:zc@dfg-vk.de), Internet [www.zc-online.de](http://www.zc-online.de)

**Herausgeberin:** Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Werastraße 10, 70182 Stuttgart  
**V.i.S.d.P.:** Stefan K. Philipp ([philipp@dfg-vk.de](mailto:philipp@dfg-vk.de))

**Druck:** UWS Papier und Druck in Kooperation mit Druckhaus Stil, Tränkestraße 7, 70597 Stuttgart, Telefon 0711-12020213, E-Mail [uws@druckhaus-stil.de](mailto:uws@druckhaus-stil.de)

**Vertrieb:** Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834

**ISSN:** 1614-1954

**Anzeigenverwaltung:** Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-90056, Telefax 09082-911200, eMail [bernhard.kusche@gmx.de](mailto:bernhard.kusche@gmx.de); zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 13 vom 1.1.2014 gültig.

**Erscheinungsweise:** fünf Mal/Jahr  
**Haftungsausschluss:** Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

**Bezugsbedingungen:** Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der *ZivilCourage* im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonnieurung schriftlich bei der Herausgeberin.

**Redaktionsschluss** für diese Ausgabe war der 6. Dezember. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 21. Januar 2019.

## Rückblick auf die „Crytek“-Kampagne

### Gegen die Zusammenarbeit des Videospieldienstes mit Rüstungskonzernen

Von Michael Schulze von Glaßer

Relativ spontan startete die DFG-VK im Frühjahr 2017 eine kleine, aber gezielte Kampagne gegen die Kooperation des Videospieldienstes „Crytek“ mit Rüstungskonzernen (siehe *ZivilCourage* Nr. 2/2017). Diese Kampagne ist nun beendet. Grund genug, danach zu fragen, was gut geklappt hat und was misslungen ist. Und eine solche Auswertung ist beispielgebend. Denn häufig nehmen sich Aktive zu wenig Zeit für einen gründlichen Rückblick auf ihre Projekte. Dabei könnte gerade eine kritische Bewertung bei der Planung zukünftiger Aktivitäten hilfreich sein.

Es war nicht nur das politische Ziel, den Videospieldienst „Crytek“ aus der Rüstungsbranche zu drängen, das Simon Kiebel von der DFG-VK-Gruppe Kassel, ein junges Mitglied der DFG-VK-Gruppe Stuttgart und mich im Februar 2017 dazu bewog, die Kampagne ins Leben zu rufen. Wir wollten auch einmal ausprobieren, ob wir mit solch einem „modernen“ Thema auch junge Leute erreichen und für die Arbeit der DFG-VK interessieren können. Nun – fast zwei Jahre nach ihrem Beginn – ist die „Crytek“-Kampagne beendet. Einiges hat sehr gut geklappt, Anderes eher mittelmäßig und manche Sachen gar nicht – Zeit, eine ehrliche Bilanz zu ziehen, um das Wissen in zukünftige Kampagne mitzunehmen.

**Gut.** Zwar waren wir inhaltlich bereits im Thema, dennoch war der Kampagnenstart sehr spontan, da mit der Nominierung „Cryteks“ für den „Deutschen Computerspielpreis“ bereits im April 2017 eine gute Möglichkeit bestand, unser Anliegen zu veröffentlichen. Schnell wurde ein fünfstufiges Konzept entwickelt, eine Website sowie für junge Menschen sehr ansprechend gelayoutete Materialien (Flyer, Aufkleber, Plakate und Online-Motive) erstellt. Die Geschwindigkeit und die Qualität, in der all das geschah, war sehr gut. Die Infrastruktur unseres Verbands hat dies möglich gemacht: Eine Website ([www.CRYTEK.DFG-VK.de](http://www.CRYTEK.DFG-VK.de)) wurde von unserem IT-Exper-

ten und Bundessprecher Ralf Buchterkirchen schnell eingerichtet, unser Zeichner „Findus“ entwarf das Kampagnen-Motiv, die inhaltliche Arbeit machten wir vom Kampagnen-Team – und das sehr „basic“. Denn zunächst gaben wir dem Ziel unserer Kampagne die Möglichkeit, sich zu äußern: Wir schrieben „Crytek“ Briefe mit Fragen zu ihren Kooperationen mit Rüstungsunternehmen und später auch unsere Forderungen – das Unternehmen hatte die Möglichkeit, der für es negativen Kampagne zuvorzukommen, reagierte aber nicht. Da es nicht mit uns sprechen wollte, mussten es „fühlen“ – etwa in Form von fünf gelungenen Aktionen im Rahmen der Kampagne. Nach der Protestaktion bei der Vergabe des Computerspielpreises in Berlin im April 2017 gab es gleich im Mai eine Aktion vor der Rüstungsmesse Itec in Rotterdam. Dort waren Konzerne anwesend, die ihre militärischen Schieß- und Trainingssimulatoren mit Software von „Crytek“ betreiben – wir sagten: „Military, leave our Games alone“. Im Juni folgte eine Protestaktion am Firmensitz von „Crytek“ in Frankfurt am Main, da das Unternehmen die Proteste bis dahin – und leider auch danach – ignorierte. Neben dem direkten Protest, der vor allem darauf abzielte, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens zu sensibilisieren, was laut Aussage eines Mitarbeiters durchaus gelang und die Kooperation mit Rüstungskonzernen firmenintern auch zu Diskussionen ge-

führt haben soll, gab es auch eine spektakuläre nächtliche Licht-Installation, die von den Medien aufgegriffen wurde. Im August 2017 war „Crytek“ dann Thema unseres Protests vor der Videospieldienstmesse „gamescom“ in Köln. Als eine „Crytek“-Spielfigur verkleidet verteilte Benno Malte Fuchs von der DFG-VK Köln (und mittlerweile einer unserer Bundessprecher) Tausende „Make Games – Not War“-Plakate und Aufkleber an das junge Publikum. Die Materialien wurden ihm nahezu aus der Hand gerissen und waren schnell aus.

All diese Aktionen wurden von uns medial begleitet – von vier der Aktionen gibt es sogar Videos, die auf YouTube und Facebook bzw. unserer Kampagnen-Website zu finden sind. Auf der Website sind zudem Pressemitteilungen und Fotos abrufbar. Die Kampagne hat sogar einen eigenen Video-Trailer und ein knapp 13-minütiges Hintergrund-Video, welches für DFG-VK-Verhältnisse häufig abgerufen wurde.

Gut war auch, dass es uns drei jüngeren DFG-VK-Aktiven überhaupt ermöglicht wurde, die Kampagne zu machen: Der Bundessprecherinnen und -sprecherkreis befasste sich mit dem Konzept und gab „grünes Licht“ (da die Kampagne – wie schon geschrieben – sehr kurzfristig anberaumt wurde, hat sich der Bundesausschuss vorab nicht mit ihr befassen können). Diese Möglichkeit und das Vertrauen zu haben, ist eine große Stärke unseres Verbands – wenn man etwas anstoßen will, findet man dafür offene Ohren, bekommt Hilfe und durchaus auch die Finanzmittel dafür. Mit insgesamt etwa 1500 Euro waren die Gesamtkosten für die Kampagne im Vergleich zu anderen Kampagnen der Friedensbewegung allerdings auch gering.

**Mittelmäßig.** Die öffentliche Wahrnehmung der Kampagne war ausbaufähig: Der erhoffte Paukenschlag mit der Aktion beim „Deutschen Computerspielpreis“ blieb aus. Zwar folgten später Berichte in einigen Videospieldienst-Medien, „viral“ wurde die Kampagne aber leider zu keinem Zeitpunkt – dabei war sie durch ihre provokanten Aktionen durchaus darauf ausgelegt. Zwar war uns bewusst, dass die „Gemeinde“ Videospieldienst-Interessierter eher wenig politisch ist, die Industrie jede Kritik unterbinden will und auch die Journalistinnen und Journalisten der Fachmedien mit Politik wenig anfangen können, doch dass selbst die Medien des „New Games Journalism“, der Videospiele als Medium und die Industrie dahinter ernster behandelt, nicht auf die Kampagne angesprungen sind, war enttäuschend – und eine Fehleinschätzung unsererseits. Es gab schlicht keine kritische Masse an Menschen, die auf unsere Kampagne gewartet hat. Immerhin: Die wenigen Medienberichte, die es zur Kampagne gab, waren nicht negativ und dürften „Crytek“ erreicht und den Druck auf das Unternehmen erhöht haben. Hoch genug war dieser aber nicht.

Das politische Ziel, „Crytek“ aus der Rüstungsbranche zu drängen bzw. seine Geschäfte mit Rüstungskonzernen zu beenden, wurde nur teilweise erreicht – und das auch eher nicht aufgrund unserer Kampagne. Die Software des Unternehmens hat sich für die Verwendung in Militärsimulatoren schlicht nicht durchgesetzt – die eines anderen Videospieldienstes („Bohemia Interactive“ aus Prag, Tschechien) hingegen schon. Im Vergleich zur Zeit des Kampagnenstarts spielt „Crytek“ in der Rüstungsbranche heute kaum noch eine Rolle, Zumal das Unternehmen 2017 in wirtschaftliche Schieflage geriet und sich extrem verkleinern musste. Dies war auch der Grund, weshalb die Kampagne 2018 nur noch schleppend lief bzw. kaum mehr Aktivitäten stattfanden: „Cryteks“ Relevanz ist mittlerweile einfach sehr gering. Statt die Kampagne aber recht-

zeitig – und vielleicht nochmal mit Medienaufmerksamkeit – zu beenden, wurde sie bis jetzt „mitgeschleift“.

**Schlecht.** „Crytek“ hat – das muss man wohl zugeben – genau richtig auf unsere Kampagne reagiert, nämlich gar nicht. Keiner unserer drei per Einschreiben verschickten und angenommenen Briefe an das Unternehmen führte zu einer Antwort oder einer anderen Reaktion. Und da die Presse, wie bereits geschildert, kaum auf das Thema ansprang, fragten auch keine Journalistinnen oder Journalisten kritisch bei „Crytek“ nach. Zudem fehlten uns die Kapazitäten, weiter nachzusetzen und Druck – etwa in Form von Pressemitteilungen – zu machen. So sind etwa einige Geschäftsdaten des Unternehmens öffentlich abrufbar, und in den vielen Zahlen steckt sicher das ein oder andere Skandalpotenzial – etwa Geschäfte mit umstrittenen Rüstungskonzernen. Doch fehlten uns für die Auswertung Zeit und Kraft, so wie es in der auf ehrenamtliche Arbeit basierenden Friedensbewegung leider oft der Fall ist. Es fehlte schlicht ein Campaigner oder eine Campaignerin bzw. das Geld dafür. Zwar war die Kampagne von Beginn an als „klein, aber fein“ geplant, um wirklich Wirkung zu entfalten hätte sie aber wohl größer sein müssen.

Damit verbunden gewesen wäre dann auch das Thema „Bündnisarbeit“: Dem spontanen Beginn der Kampagne war es geschuldet, dass sie allein von der DFG-VK durchgeführt wurde. Dies hatte zwar den Vorteil, schnell handeln zu können, und da nur unsere Organisation auf den Materialien usw. standen, konnten wir als DFG-VK uns bei diesem Thema profilieren. Allerdings war die Schlag-



kraft der Kampagne dadurch eben auch sehr gering. Zwar ist fraglich, ob man für dieses spezielle Thema überhaupt Bündnispartnerinnen und -partner hätte finden können, doch wurde nicht einmal der Versuch gestartet. Mit mehr „Manpower“ hätten wir mutmaßlich auch noch mehr Druck erzeugen können.

Doch nicht nur bei der Realisierung des inhaltlichen Ziels der Kampagne gab es Defizite, sondern auch beim anfangs erwähnten Versuch, junge Leute über das Thema anzusprechen: Wir haben mit dem Thema der Kampagne und ihrer Ausrichtung sicher mehr junge Menschen erreicht als mit anderen „traditionellen“ Themen und Kampagnen der deutschen Friedensbewegung. „Hängengeblieben“ sind die jungen Menschen bei uns aber nicht. Es gab keinen erkennbaren Aufschwung neuer und oder junger Mitglieder aufgrund der „Crytek“-Kampagne. Wenngleich es doch erfreulich war, bei anderen friedenspolitischen Aktionen – etwa bei einem „Lebenslaute“-Protestkonzert am Fliegerhorst Jagel in Schleswig-Holstein – plötzlich junge, nicht in der DFG-VK organisierte Friedensaktivistinnen und -aktivisten mit Buttons oder Aufklebern unserer Kampagne zu sehen. Zumindest die jungen Leute, die in anderen Friedensgruppen aktiv sind, scheinen die Kampagne wahrgenommen zu haben.

Anders sieht das innerhalb der DFG-VK aus: Natürlich war die Kampagne nicht darauf ausgelegt, Massenproteste hervorzurufen, dennoch »

» fand sie innerhalb des Verbands kaum Widerhall, und kaum jemand außerhalb des Kampagnen-Teams und der an den Aktionen beteiligten Aktiven arbeitete mit den Flugblättern und anderen Kampagnen-Materialien. Das ist – dass sei hier deutlich gesagt – kein Vorwurf an die sonst Aktiven im Verband, sondern eine an uns selbst gerichtete Kritik. Die Relevanz des – durchaus komplizierten – Themas und die Möglichkeit, eine eher unterrepräsentierte Zielgruppe zu erreichen, konnten wir verbandsintern nur ungenügend vermitteln.

Und noch etwas war schlecht: Es gab keine Petition, mit der Videospielefrauen und -spieler bzw. Interessierte „Crytek“ auffordern konnten, nicht mehr mit Rüstungskonzernen zu kooperieren. Der Grund dafür war die Erfahrung, dass die Zielgruppe schwer für so etwas zu mobilisieren ist und dass Petitionen vom Kampagnen-Team als doch etwas „altbacken“ bewertet wurden. Aus heutiger Sicht wäre eine solche Partizipationsmöglichkeit wichtig gewesen – wenn sie auch nicht (wie bei vielen anderen Kampagnen aus der Friedensbewegung) „alles“ hätte sein sollen. Auch wenige Unterschriften können den Druck erhöhen, und gerade Unternehmen reagieren – im Gegensatz zu

staatlichen Stellen – sensibel darauf, wenn sich potenzielle Kundinnen und Kunden namentlich gegen sie stellen. Dies hätte bis zu einem Boykott von „Crytek“-Spielen gehen können.

**Fazit.** Diese Bilanz ist natürlich die eines „Insiders“ – von „außen“ fällt sie vielleicht anders aus, und wir vom Kampagnen-Team sind für Kritik dankbar. Die „Crytek“-Kampagne war ein Testballon, der uns und hoffentlich der ganzen DFG-VK gewinnbringende Erkenntnisse geliefert hat:

- Die Kampagne war gut strukturiert und aufgebaut, die Planungsphase jedoch zu kurz, um die Kampagne auch mit Schlagkraft auszustatten. Mehr Geduld und also eine längere Planung eventuell sogar mit Bündnispartnerinnen und -partnern wäre gut gewesen.
- Eine auch noch so gut gestaltete Kampagne bringt wenig, wenn es keinen „Resonanzboden“ in Öffentlichkeit und besonders Medien gibt, die an dem Thema interessiert sind.
- Das politische Ziel, „Crytek“ dazu zu bewegen, seine Software nicht mehr an Rüstungskonzerne zu verkaufen, wurde durch die Kampagne nicht erreicht (allerdings wird „Crytek“-Software aus anderen Gründen kaum noch in militärischen Train-

ingssimulatoren verwendet, so dass das Ziel gewissermaßen doch erreicht wurde).

- Mit der Kampagne konnten junge Menschen erreicht werden – allerdings nicht nachhaltig. Es fehlten etwa Partizipationsmöglichkeiten wie eine Unterschriftenliste.

Die Bilanz der Kampagne ist durchwachsen. Erkenntnisse aus ihr flossen im Frühjahr 2018 allerdings bereits in die Proteste gegen die Militär-Simulatoren-Messe Itec (siehe *ZivilCourage* Nr. 4/2018, Seite 12 ff.) – und die waren sehr erfolgreich!

*Michael Schulze von Glaßer ist politischer Geschäftsführer der DFG-VK. <<*

**Andenken gefällig? „Crytek“-Kampagnen-Shirts zu vergeben!**

Sie waren im Einsatz bei den Protesten in Berlin, Rotterdam und Frankfurt: Wir haben vier „Make Games – Not War“-T-Shirts mit dem Motiv der „Crytek“-Kampagne zu vergeben. Die Größe ist XXL – vielleicht also eher etwas zum Drüberziehen oder für gemütliche Sonntage. Wer ein Shirt haben will („first come, first serve“) schreibe eine Mail an: [svg@dfg-vk.de](mailto:svg@dfg-vk.de)

bedroht den langen Weg nach beider Heimatstadt Murrhardt durch.

Christoph Scheytt lebt heute in Esslingen und erfreut sich guter Gesundheit.

*Titus Simon*

**Zum Leserbrief von Ralf Cüppers in *ZivilCourage* Nr. 5/2018, Seite 29 f., in dem er sich kritisch zur Titelgeschichte in der vorausgegangenen Ausgabe und dem darin dokumentierten Text „Zu den Waffen, Genossen“ äußert**

Zum Glück ist es nicht so, dass die Meinung „gewaltfrei-anarchistischer“ Bündnispartner der DFG-VK in Flensburg Maßstab dafür ist, was im „Magazin der DFG-VK“ abgedruckt wird und was dort nicht abgedruckt wird.

Herr Cüppers hält sich selbst beschreibend für „historisch-politisch“ gebildet und die „Grundlagen pazifistischer und sozialistischer Politik“ kennend. Offensichtlich steht es ihm auf dieser Grundlage zu, feststellen zu können, dass Frau Rackwitz keine „Linke“ sei. Warum ich als Mitglied der DFG-VK die „Grundlagen sozialistischer Politik“ kennen sollte, ist mir ein Rätsel, so wie es mir egal ist, ob Frau Rackwitz nun eine „Linke“ ist oder nicht.

Ich begrüße ausdrücklich, dass in der *ZivilCourage* immer wieder mal kontroverse Diskussionen wie diese angestoßen werden, die die Lektüre interessant machen und zum Nachdenken anregen.

*Rainer Geschke*

\*\*\*\*\*

Ich habe mich mal wieder gewundert, dass die DFG-VK „offiziell“ vornehmen Abstand von bundesweiten Friedensaktionen hält. Weder im Newsletter noch in der *ZivilCourage* gab es eine Erwähnung der bundesweiten Aktionstage. Vielleicht solltet Ihr mal überlegen, woher diese Distanzierung herührt und die Ursachen abstellen.

Ich war bei der Aktion in Berlin am Zietenplatz [am 3. November] dabei und sehr beeindruckt. Von der DFG-VK war auf der Demo kein Zeichen. Was ist los?

*Titus Sobisch*

*Anmerkung der Redaktion: Mit den „bundesweiten Friedenaktionen“ ist die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ gemeint. Darüber allerdings hatte die *ZivilCourage* in der Ausgabe 4/2018, Seite 10 f., mit einem ausführlichen Artikel von Torsten Schleip, Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis, informiert.*

# FELDPOST



## TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Waren Sie auch dabei in Norwegen? TRJE 18, Trident Juncture, das sauberste Manöver aller Zeiten! Überhaupt Norwegen, das Land der E-Mobilität! Ab Leutnant aufwärts fahren die alle Tesla als Dienstwagen, und so ganz unter uns: Die Norweger, so war zu hören, haben schon 10 Tesla-Schützenpanzer bestellt. Die können das. Selbst tief in der Heide an jeder Ecke E-Zapfsäule, gut getarnt, alles nagelneu. Muss ja auch so sein im saubersten und edelsten Land der Welt. Haben sich manche gewundert nach einer Gefechtsübung: Nichts mit Feldküche oder so – raus zum Einsammeln, zuerst die Kippen, dann die Übungsmunition! Die russischen Manöverbeobachter klappten überhaupt nicht, was da passiert. Aber ganz ruhig, das war nur das Norwegen-Spezial. Wenn's mal so richtig losgeht gegen Osten, wir verstehen uns schon, dann ist das egal. Der Russe als solcher hat es ja bekanntlich nicht so mit Ordnung und Sauberkeit ...  
gez. Alex von Ligua, Feldpostmeister



## Briefe an die Redaktion

**Zu Wolfram Wettes Rede bei der Trauerfeier für Ludwig Baumann in *ZivilCourage* Nr. 5/2018, Seite 24 ff.**

Mit Ludwig Baumann, dem ich mehrfach begegnet bin, ist ein unermüdlicher Streiter seiner und unserer Sache gestorben. Der Nachruf von Wolfram Wette ist ansprechend. Allerdings entspricht der Hinweis in der Überschrift

„Er war der letzte noch lebende Wehrmacht-Deserteur“ nicht den Tatsachen.

Vor wenigen Tagen besuchte mich der noch lebende Deserteur Christoph Scheytt, um mit mir über meinen Roman „Hundsgeschrei“ [*Tübingen 2013*] und seine eigenen Erinnerungen an diese Zeit zu sprechen. Sein Buch „Wohin wir gehen. Geschichte einer

Fahnenflucht“ [*München und Ulm 2013*] wurde von mir 2014 rezensiert [*ZivilCourage* 1/2014, Seite 19]. Er setzte sich zusammen mit seinem besten Freund 1945 vom Berliner Reichsportfeld ab, wo ein Hitlerjugend-Regiment für den „Kampf um Berlin“ aufgestellt wurde. Die beiden Deserteure schlugen sich unter abenteuerlichen Umständen und ständig vom Tode

# Beitrittserklärung

**Ich unterstütze die DFG-VK-Grundsatzerklärung und werde deshalb Mitglied der DFG-VK.**

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ + Ort

Straße + Hausnummer

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum

Unterschrift

**Beitragsstufen**

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Förderbeitrag Stufe 6 29,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 5 22,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 4 15,00 Euro
- Normalbeitrag Stufe 3 10,00 Euro
- Ermäßigter Beitrag Stufe 2 5,00 Euro
- Mindestbeitrag Stufe 1 2,00 Euro

(Die Stufen 1 und 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich  Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig  Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

**Einzugsermächtigung**

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

KontoinhaberIn

IBAN

BIC

Datum

Unterschrift



**Das DFG-VK-Spendenkonto**  
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00  
BIC: BFSWDE33XXX

## Burnout: Die totale Erschöpfung. Was Sie jetzt tun können!



- Tipp 1: Atomwaffenverbot unterschreiben!**
- Tipp 2: Bundeswehr abschaffen!**
- Tipp 3: Tief durchatmen!**

**Friedlich denken allein ändert nichts. Werde Mitglied der DFG-VK!**

Bitte die Rückseite ausfüllen und in  
einem Fensterumschlag schicken an:

DFG-VK-Bundesverband  
Werastraße 10  
70182 Stuttgart



**Die Grundsatzklärung  
der DFG-VK:**

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

